

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Insertate.
(1½ Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Kellern verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Von mehreren Seiten veranlaßt, wollen wir für Posen ein zweimonatliches Nach-Abonnement auf die „Posener Zeitung“ für die Monate Mai und Juni, zum Betrage von 1 Thlr. pr. Exemplar eröffnen. Die über alle wichtigen Ereignisse eingehenden telegraphischen Nachrichten theilt die „Posener Zeitung“ bekanntlich stets an demselben Tage mit, während die Berliner Blätter dieselben erst am nächsten Morgen hierher bringen, und wird während der Dauer der jetzigen kriegerischen Verwickelungen fortfahren, soweit nöthig, durch Extrablätter die neuesten Nachrichten stets aufs Schnellste zur Kenntniß der Leser zu bringen.

Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 4. Mai. Se. R. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allernachst geruht: Dem Ober-Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Berlin, Geheimen Ober-Regierungsrath Krausnick, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Domkapitular Dr. Zientowicz zu Gnaden den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Ober-Regierungsrath Dr. v. Wedell zu Sessen, im Kreise Sorau, dem Oberförster Kretz zu Braichen, im Kreise Krossen, und dem Stadthorordnen und Stadthalter Kretz I. zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Herzoglich Sachsen-Koburg-Gothaischen Regierungsrath Dr. Samwer zu Gotha den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Regierungs-Beidmeyer, Hauptmann a. D. Dewald, zu Karlsruhe, im Kreise Oppereln, dem bisherigen Oberlehrer am Gymnasium zu Duisburg, Professor Gerbit, dem Regierungsssekretär, Kanzleirath Bedmann zu Magdeburg und dem Gastwirth Jachke zu Ratibor den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Kreisgerichtsboten und Gekrönten Jantow zu Demmin das Allgemeine Ehrenzeichen, und dem Huz-Gendarmen Weiß zu Posen die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; ferner den bisherigen Geheimen Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Lauchlan Mac-Lean, zum Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath und Ministerial-Direktor zu ernennen. Demselben ist die Direktion der Abtheilung für das Bauwesen im Ministerium für Handel u. übertragene worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Haase in Zehdenitz ist als Rechtsanwalt an das Kreisgericht in Neu-Ruppin, unter Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst, und unter Beibehaltung des Notariats im Departement des Kammergerichts, verlegt worden.

Am Gymnasium zu Götting ist die Anstellung des Schulanfängers Dr. Soackim als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 119. R. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 18,172; 3 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 17,885, 28,267, und 45,568.

33 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 4836, 10,008, 11,396, 22,123, 23,040, 34,070, 35,677, 35,726, 36,525, 37,947, 38,660, 39,182, 44,551, 47,737, 50,985, 54,660, 54,950, 55,907, 56,598, 57,763, 60,893, 63,142, 63,238, 66,740, 70,780, 72,838, 74,385, 75,492, 77,816, 86,021, 86,344, 88,943, und 92,558.

41 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 847, 1588, 3622, 4498, 7931, 9192, 10,451, 11,172, 12,712, 12,928, 13,559, 14,611, 15,182, 17,290, 17,705, 23,623, 27,746, 28,648, 33,377, 37,271, 39,168, 40,471, 41,981, 49,995, 49,871, 50,222, 57,629, 62,519, 63,964, 76,807, 82,973, 84,417, 85,183, 88,167, 89,368, 90,526, 91,183, 91,573, 91,928, 92,752, und 93,201.

65 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 150, 972, 1778, 1798, 1938, 3668, 4802, 5603, 6731, 8819, 11,423, 12,879, 14,451, 15,410, 21,883, 22,381, 24,077, 26,688, 27,474, 28,486, 29,687, 30,919, 34,482, 35,691, 37,002, 37,289, 38,013, 38,143, 38,709, 41,954, 43,024, 46,176, 46,880, 48,163, 50,002, 50,171, 52,195, 54,778, 57,423, 59,836, 60,584, 60,624, 60,829, 62,876, 65,082, 66,190, 68,264, 68,921, 70,750, 75,022, 77,344, 77,768, 78,179, 78,226, 79,861, 80,527, 82,716, 87,931, 89,902, 90,565, 91,483, 92,298, 92,809, 93,420, und 93,987.

Berlin, den 3. Mai 1859.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Bern, Dienstag, 3. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten vom Kriegsschauplatz konzentriren sich die Oesterreicher gegen den Sesiafluß und besetzen Verceceli. General Gholai hat der Stadt Novara eine Kontribution an Lebensmitteln und Fourage auferlegt. Ein Zusammenstoß hatte noch nicht stattgefunden.

(Eingegangen 4. Mai, 7 Uhr Morgens.)

Petersburg, Dienstag, 3. Mai. Die hiesigen Zeitungen sind zu der Erklärung ermächtigt, daß kein Defensiv- oder Offensivvertrag Rußlands mit irgend einer Macht bestehe. Bei den militärischen Rüstungen ganz Europas mußte indeß Rußland Vorsichtsmaßregeln treffen. Die russische Regierung bewahre sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen die volle Freiheit des Handelns, und sei nur vom Gefühle für die Ehre und Würde der Krone und des Landes inspiriert.

Aufgegeben in Berlin den 4. Mai 10 Uhr 30 Minuten Vormittags.
Angekommen in Posen den 4. Mai 11 Uhr 14 Minuten Vormittags.

Wien, Mittwoch, 4. Mai. Es ist gestern spät ein Bulletin vom Kriegsschauplatz hier eingetroffen, datirt: Hauptquartier Com-mello, 2. Mai. Die österreichische Armee hat ihren begonnenen Vormarsch und zwar bis auf die Höhe von Cairo (einem Marktflecken mit 4000 Einw., nordwestlich bei Savona, links am Po-mida, bekannt durch zwei Siege der französischen Revolutionsarmee in den Jahren 1794 und 1796) und bis Candia (Marktflecken mit 2500 Einw., südwestlich bei Mortara, links an der Sesia) fortgesetzt. Bisher sind nur kleine Vorpostengefechte vorgekommen, die günstig für die Oesterreicher ausfielen. Das Gouvernement Venedig und die Halbinsel Istrien bis zur Grafschaft Görz sind in Kriegszustand erklärt. — Die Herzogin von Parma ist in Mantua eingetroffen. In Parma wird die Ankunft eines piemontesischen Kommissars erwartet.

Aufgegeben in Berlin: 4. Mai 8 Uhr 44 Min. Vormittags.
Ankunft in Posen: 4. 9 21

Wien, Mittwoch, 4. Mai. Die heutige „Wiener Zeitung“ enthält eine Note des Grafen Walewski an den hiesigen französischen Geschäftsträger Marquis de Bonnevillle vom 29. April, und eine Note des Letzteren an den Grafen Noll vom 2. Mai, mit der offiziellen Erklärung, daß der diplomatische Verkehr Frankreichs mit Oesterreich abgebrochen sei. Der diesseitige Gesandte in Paris, Herr v. Hübnier, ist in Folge dessen vorgestern telegraphisch angewiesen, Paris zu verlassen.

Aufgegeben in Berlin: 4. Mai 10 Uhr 10 Min. Vorm.
Ankunft in Posen: 4. 10 56 Vorm.

Paris, Mittwoch, 4. Mai. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers macht Graf Walewski die Mittheilung, daß in Folge des an Sardinien gerichteten österreichischen Ultimatus der französische Geschäftsträger zu Wien am 26. April die Erklärung abgegeben habe, der Einmarsch der Oesterreicher in Piemont würde als gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung gegen Frankreich angesehen werden. Da nun die österreichische Armee am 29. April die Grenze Sardinien überschritten habe, so befände sich in Folge dessen nunmehr Oesterreich im Kriegszustande gegen Frankreich.

Aufgegeben in Berlin 4. Mai 8 Uhr 50 Min. Vorm. (Berliner Zeit.)
Ankunft in Posen: 4. 9 18

Deutschland.

Preußen. 7 Berlin, 3. Mai. [Aus Italien; Wochenresumé aus Konstantinopel.] Nach der Aussage eines über Triest und Wien aus Italien hierher zurückgekehrten Offiziers ist die erste Disposition der österreichischen ins Feld gerichteten Armee, die unter dem Oberbefehl des Feldzeugmeisters Graf Franz Gyulai (sprich Sulei) steht, nach den neuesten Vorfällen in Florenz, Massa, Carrara und wie behauptet wird auch auf Sizilien, in manchen Punkten geändert worden. Nur der rechte Flügel der Armee, unter dem FML. Benedek ist mit seiner meist aus leichten Truppen, 6 Jägerbat., Gradiskanern, Kroaten, 2 Husaren- und 2 Chevaulegersregimentern, ganz in der Nähe des südlichen Ufers vom Lago maggiore, über den Ticino gegangen. Eine von der Vorhut der sardinischen Armee bis zum Städtchen Borgo Ticino vorgeschobene Abtheilung der Bersaglieren (Verlaglieri) hatte sich in der Nacht vom 27. zum 28. April eiligst auf das linke Ufer des Sesia zurückgezogen. In dem Städtchen Romagnano hat der General d'Angona, der eine Division der Vorhut führt, sein Hauptquartier, während das Gros der sardinischen Heeres am rechten Ufer des Flusses eine konzentrierte Stellung zwischen dem großen Dorfe Sistrarengo und dem Flecken Albano bezogen hatte. Der König selbst, der Marschall Graf Salier und die Generale Marmora, Biscaretti, Puttigari und Bongiovanni kommandiren die Truppen, und um die Person des Königs waren die Generale Morozzo, Graf Lucena und viele hohe französische Offiziere. Am 26. war auch der General Niel im königlichen Gefolge. Die erste Division der Vorhut, die bis Biantrade und gegen Novara streifte, besiegte der Inspekteur der Scharfschützen, General Cialdini. Die österreichische vorrückende Armee zog sich, wie oben erwähnt, nach neuen Befehlen mit dem Gros südlich über Buffalora und Abbiate grasso in die Provinz Pavia, um eine vorthellhafte Stellung auf dem linken Ufer des Po zwischen Pavia und Piacenza zu beziehen, Parma zu decken und die Truppenabtheilungen in den römischen Legationen in Bologna und Ferrara mit der Linie in Verbindung zu bringen. Die der Stellung gegenüberliegende sardinische Festung Alessandria ist mit 6000 Mann besetzt, und der General Damiano befehligte noch vor Kurzem in diesem bedeutenden Befestigungsplatze, dessen Feuerschlünde die Straßen von Genua und Piacenza nach Turin und die fruchtbare Ebene zwischen den Flüssen Bormido und Tanaro beherrschen. In der Nähe, südlich der großen Festung liegt an der Eisenbahn die Stadt Novi, bei der am 15. August 1799 Suwaroff mit Russen und Oesterreichern einen glänzenden Sieg über die Franzosen unter Souvert u. Moreau erfocht. Aber in noch geringerer Entfernung von Alessandria liegt auch das Schlachtfeld von Marengo, wo der über die Alpen herbeigeeilte damalige erste Konjul Bonaparte das bereits verloren gegangene Kriegsglück wieder fest an die Fahnen Frankreichs fesselte. Unter den eingetretenen Umständen, durch die Revolution in Florenz, die Aufstände in Massa und Carrara, durch die Landung französischer Truppen in Livorno und die schnelle Annäherung großer französischer Streitkräfte von Genua und Genua her, scheinen die Oesterreicher veranlaßt worden zu sein, den Plan der Offensive für den Augenblick aufzugeben und in der Stellung zwischen Pavia und Piacenza die ansehnlichen auf dem Anmarsch befindlichen Verstärkungen aus Deutschland, Ungarn, der Militärgrenze und dem Litorale abzuwarten. So stand nach den neuesten telegraphischen Nachrichten bis zum 1. Mai noch die Lage der Dinge. Nur wollte man wissen, daß bei dem oben erwähnten Städtchen Buffalora ein Gefecht stattgefunden

habe, und daß die auf dem rechten Ufer des Po gelegene ansehnliche Stadt Casale von den Oesterreichern besetzt sei. In diesem Falle wären sie zwischen Verceceli und Alessandria vorgedrungen und auf dem Marsch nach Turin. Alle diese Nachrichten bedürfen noch der Bestätigung. Vorgestern ist der neue Gesandte des Königs beider Sicilien, der schon mehrere Mal erwähnte Prinz Carini (er war bereits in gleicher Eigenschaft an zwei anderen Höfen beglaubigt) hier eingetroffen. Die bevollmächtigten Minister der beiden Sicilien haben seit einigen Jahren sehr oft gewechselt. — Das neueste Wochen-Resumé aus Konstantinopel meldet, daß in verschiedenen Provinzen des osmanischen Reiches Aufstände drohen und zum Theil schon ausgebrochen sind, und daß sich die Pforte in großen Verlegenheiten befindet; in acht Cjalets, namentlich in die, wo viele christliche Bewohner sind, waren besondere Regierungs-Kommissare zur Beschwichtigung des Sturmes gesandt worden. Die Angelegenheiten der Moldau, Walachei und Serbiens treten dadurch etwas in den Hintergrund.

[Ihre Majestäten der König und die Königin] sind, nach eingegangenen Nachrichten, am 2. d. von Rom nach Ancona abgereist. Von dort werden Allerhöchstdieselben sich zur See, so viel bekannt, auf einem russischen Schiffe, nach Triest begeben. Ueber die letzten Tage des Aufenthalts Ihrer königlichen Majestäten in Neapel, Allerhöchster Abreise von dort nach Rom und Ihr Verweilen in dieser Stadt sind dem „St. A.“ aus Rom vom 26. April noch folgende Mittheilungen zugegangen: Nachdem Ihre königlichen Majestäten am 17. in Neapel dem Gottesdienste in der preussischen Gesandtschafts-Kapelle beigewohnt hatten, begab sich Ihre Maj. die Königin nach Caserta zu einem Abschiedsbesuche am königlichen Hofe; Se. Maj. der König fuhr inzwischen nach Pompeji, wo Ihre Majestät die Königin, von Caserta kommend, später ebenfalls eintraf und beide Majestäten gemeinschaftlich nach Neapel zurückkehrten. Am 18. Nachmittags fand die Abreise von Neapel statt. Ihre Majestäten, so wie Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Alexandrine, benutzten hierzu bis Civita-Vecchia den von des Kaisers von Rußland Majestät zur Disposition gestellten russischen Dampfer „Kurik“, trafen nach glücklicher Fahrt am 19. gegen Mittag daselbst ein und begaben sich von dort mittelst Eisenbahn-Extrazuges nach Rom. In den folgenden Tagen besichtigten Ihre königlichen Majestäten wiederholt die Kirchen St. Lorenzo, St. Maria-Maggiore, St. Paolo, so wie die Villen Borghese, Albani und Porta Pamfili und beehrten auch die Ausstellung deutscher Künstler mit einem Besuche. Am grünen Donnerstag empfingen Ihre königlichen Majestäten, Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Alexandrine, Se. Hoheit der Herzog von Mecklenburg-Strelitz, so wie mehrere Personen des Gefolges und der Dienerschaft, in der Gesandtschafts-Kapelle aus den Händen des Hofpredigers Heym und des Predigers Heing das heilige Abendmahl und wohnten am Charfreitag, wie am 1. und 2. Ofterfeiertage Vormittags wieder dem Gottesdienste bei. Am 1. Ofterfeiertage fuhr Ihre Majestäten Mittags nach dem Platz St. Peter und verweilten daselbst, im Wagen bleibend, während der dort stattfindenden Feier der Ertheilung des Segens durch den Papst, an das versammelte Volk. Nachmittags machten Allerhöchstdieselben in der Campagna bei Porta Furba eine größere Spazierfahrt und nahmen Abends vom Palazzo des Monsignore Gireaud die Beleuchtung der Kuppel des St. Peter, so wie am 2. Ofterfeiertage Abends von einem Balkon auf der Piazza del Popolo das auf dem Monte Pincio arrangirte großartige Feuerwerk in Augenschein.

[Französische Umtriebe in Deutschland.] Die „Allg. Ztg.“ schreibt: „Seit 1852 stehen dem Staatsminister Rouib 4,000,000 Franken zu geheimen Ausgaben zur Disposition. Gelegentlich wurde auch uns persönlich ein Antrag in seinem Namen gemacht für klingende Erkenntlichkeit, eine größere Objektivität der „Allg. Ztg.“ gegenüber dem 2. Dezember zu erzielen. Glaubt man, daß dieser Fall allein steht? Wir haben Grund zu vermuthen, daß keine irgend bekannte journalistische Feder von den Tuilerien die Ehre genossen, nicht berücksichtigt zu werden. Wir haben vollgegründete Ursache, gegen jede unbedingte Apologie des 2. Dezembers in der Presse den Argwohn zu hegen, daß das Urtheil „ein objektives sei“ von einzelnen Apologeten wissen wir bestimmt, daß sie sich über Undankbarkeit der Tuilerien nicht zu beklagen haben. Glaubt man, diese Bestechungsversuche seien auf die Presse beschränkt geblieben? Hier Geld, dort Medaillen, dort Versprechungen, Versprechungen bis zu Staaten und Ländern hinauf. Wenn wir nicht zum Theil zur Disposition verpflichtet wären, und andererseits es uns nicht am rathsamsten erchiene, sie wenigstens gegenwärtig noch zu üben, wir könnten gar eigenthümliche Belege dafür liefern, wie gut der 2. Dez. die Schwäche der Menschen erkannt hat, wie gründlich er die Kunst der Revolutionen studirt, wie eifrig er die gemachten Erfahrungen ausgenutzt hat. Man erinnert sich, daß der Prinz Napoleon den Mörder des Grafen Rossi als Abgesandten der italienischen Flüchtlinge empfing, und ihn seiner Sympathien versicherte, man weiß aber vielleicht nicht, daß der Ex-König Jerome nicht minder rege westphälische Sympathien hegte, und seit Jahren kein Opfer scheute, sie

zu bethätigen. Die jüngst aus Mainz und Landau erst kundgewordenen Antriebe sind nur solche, die eben in die Deffentlichkeit gedrungen, es giebt andere, die geheim und zugleich wirksamer sind. In Deutschland sind die meisten derselben möglich. — In einer Anmerkung zu dem Vorstehenden wird aus der „Bayrischen Wochenschrift“ angeführt: „Ich halte es für eine zuverlässige Angabe, daß Ludwig Napoleon im Januar dem Berliner Cabinet eine erhebliche Gebietsvergrößerung an Elbe und Weser verheißt haben, wenn es sich verpflichtete, dem in Italien angegriffenen Oesterreich keine Hilfe zu leisten, daß aber das Ministerium Hohenzollern dieses Anerbieten in einem Ton zurückgewiesen habe, welcher in den Tuilerien sehr unangenehm berührt haben muß. So auch ist bekannt, daß Oesterreich, als es sich im Orientalischen Krieg um eine Züchtigung Preußens handelte, der Wiederbesitz von ganz Schlesien angeboten, von ihm aber ebenso zurückgewiesen wurde.“

[Verurteilung.] Es bestätigt sich, daß der Professor Mar Duncker, bisher in Tübingen, als Geh. Regierungsrath hierher berufen worden (und bereits eingetroffen) ist. Er wird, wie es heißt, im Staatsministerium als Vortragender Rath beim Fürsten zu Hohenzollern fungiren, also in einer ähnlichen Stellung, wie Friedrich v. Raumer sie ehemals beim Fürsten Staatskanzler einnahm.

[Die französisch-russische Allianz.] Indem der „Nord“ den französisch-russischen Vertrag dementirt, sagt er, ein solcher Vertrag werde wohl zu erwarten, wenn der Bund gegen Frankreich vorgehe. Die Absicht, Deutschland in der Neutralität festzuhalten, ist also eingestanden. Die russischen Gesandten an den deutschen Höfen sollen dessen auch kein Geheim haben, namentlich den Gesandten der kleinen Regierungen gegenüber.

[Ober-Tribunal-Entscheidung.] Das Obertribunal hat neuerdings angenommen, daß in Disziplinaruntersuchungen wider Rechtsanwälte und Notare nicht auf Dienstentlassung erkannt werden dürfe, wenn nicht in dem Eröffnungsbeschlusse des Ehrenraths ausdrücklich gesagt ist, daß die Untersuchung auf Dienstentlassung gerichtet sei. Der Ehrenrath ist aber verpflichtet, wenn das Appellationsgericht oder die Staatsanwaltschaft darauf angetragen hat, gegen einen Rechtsanwalt oder Notar das Verfahren auf Dienstentlassung einzuleiten, diesem Antrage Folge zu geben.

[Entscheidung.] Nach einer Entscheidung des Gerichtshofes für Kompetenzkonflikte ist der Bürgermeister einer Stadt, wenn er in seiner Eigenschaft als Polizeibehörde des Orts dem Eigenthümer eines Hauses wegen der Bausicherheit und Feuersgefahr desselben verbieten hat, Mithier in das Haus aufzunehmen, und die Aufnahme dennoch erfolgt ist, berechtigt, die eingezogenen Mithier auf Kosten des Hauseigenthümers ermitteln und die dadurch entstehenden Kosten vom dem letzteren exekutivisch einzuziehen zu lassen, ohne daß der Rechtsweg dagegen zulässig ist.

[Das Petitionsrecht der Kreisstände.] Die „Pr.“ schreibt: Die „Neue Preussische Zeitung“, welche in ihrer Nummer 98 das Verlangen der Provinz einzelner Kreistage gegen die Zulassung der Juden zum Stande, erlassene Circular-Rescript des Herrn Ministers des Innern vom 17. d. veröffentlicht, knüpft daran die Bemerkung, daß es nach der Cabinets-Ordnung vom 27. Januar 1830 (S. 7) in allen Fällen, wie in ähnlichen Unterthanen und Korporationen, so auch den Mitgliedern der Kreisversammlungen und letzteren selbst erlaubt ist, sich in dem vorgeschriebenen Gange an die Behörden und auch des Königs Majestät zu wenden. Der hierin liegende Vorwurf, daß durch jenes Rescript das gesetzliche Petitionsrecht der Kreistage beeinträchtigt werde, bedarf zwar kaum einer Widerlegung, da eine unbefangene Aufklärung des Rescriptes darin ebensoviele einen Angriff auf das Petitionsrecht finden wird, als der Minister des Innern einen solchen beabsichtigt haben konnte, ihn auch sicher nicht beabsichtigt hat. Allein für diejenigen, welche jene Cabinets-Ordnung nicht vor Augen haben, wird es nicht überflüssig sein, durch Darlegung ihres Inhalts den Beweis zu liefern, daß bei der obigen Verweisung auf sie eine einzelne Bestimmung aus dem Zusammenhange gerissen und dadurch der ganzen Ordre eine völlig irrthümliche Bedeutung gegeben ist. Die Cabinets-Ordnung vom 27. Januar 1830 hat nämlich gar nicht die Gewährung des Petitionsrechts an die Kreisstände zum Gegenstande, sie regelt vielmehr nur die Formen, unter denen die Kreisstände innerlich ihrer Kompetenz das Petitionsrecht auszuüben bezeugt sind. Sie ist, wie dies in den Eingangsworten ausdrücklich verknüpft wird, durch den Mißbrauch veranlaßt worden, daß zum Oesteren Sr. Majestät Eingaben zugekommen waren, welche Namens der Kreisstände abgefaßt, jedoch nicht auf Kreistagen beraten, sondern nur von einzelnen Mitgliedern der Kreisversammlungen abgefaßt und vorgelegt waren, und sie verordnet, „zur Befestigung dieses Mißbrauchs“: 1) daß Petitionen gleich allen andern Beschlüssen der Kreisstände nur auf den Kreistagen selbst beraten und abgefaßt werden dürfen; 2) daß es zwar jedem Mitgliede der Kreistage erlaubt ist, allein oder im Vereine mit andern bei dem Landrathe die Anberaumung eines Kreistages zu beantragen und, wenn dieser darauf nicht eingeht, sich bei der vorgesetzten Behörde zu beschweren, daß aber die Bittsteller in solchen Eingaben sich nicht als Kreisstände, sondern nur als Einzelpersonen bezeichnen; 3) daß, wenn von Einzelnen ein Kreistagsbeschluss hinsichtlich der Geschäftsführung des Landraths für notwendig erachtet wird, die Regierung einen Kreistag durch einen Kreisdeputirten zusammenrufen lassen kann; und 4) daß es den Mitgliedern der Kreisversammlungen und dieser selbst gestattet ist, sich in dem vorgeschriebenen Gange, d. h. unter Innehaltung des Infranzuges, an die Behörden und an Se. Majestät selbst zu wenden, daß jedoch auch hierbei die in der Hinsicht der Unterthänigkeit gegebenen Vorschriften beachtet werden müssen. Hiernach hat die Cabinets-Ordnung vom 27. Januar 1830 in keiner Weise das Petitionsrecht der Kreisstände über die Grenzen ihrer gesetzlichen Wirksamkeit hinaus erweitern, überhaupt den Umfang und den Bereich ihres Petitionsrechts gar nicht bestimmen wollen, sie hat vielmehr gerade durch die Anordnung, daß keine Petition und sonstige Eingabe Namens der Kreisstände abgefaßt werden dürfe, welche nicht auf einem in der Kreisversammlung selbst verfassungsmäßig gefaßten Beschlusse beruht, anerkannt, daß auch Petitionen und Eingaben der Kreisstände an Behörden oder des Königs Majestät nur in Bezug auf solche Gegenstände zulässig sind, über welche die Kreisversammlung überhaupt befugt ist, Beschlüsse zu fassen. Zu diesen gehört aber nach der gleichlautenden Vorschrift der Kreisordnungen nur die Verwaltung des Landraths in Kreiscommunalangelegenheiten, und es ist daher vollständig gerechtfertigt, daß es in dem Rescripte vom 17. d. welches das Petitionsrecht der Kreistage gar nicht berührt, als eine Ueberschreitung der Kompetenz der Kreisstände bezeichnet wird, „wenn sie allgemein politische Fragen in den Kreis ihrer Grörterungen ziehen und sich gar gestatten, über die Geschäftsmäßigkeit der obrigkeitlichen Anordnungen der Staatsregierung ein Urtheil zu fällen.“ Das gesetzliche Petitionsrecht der Kreisstände ist daher durch jenes Rescript unangefastet geblieben. Die Staatsregierung wird es auch fern in seinem vollen Umfange und ungehindert walten lassen.

Breslau, 3. Mai. [Schlägerei.] Am Sonntag Nachmittag hat eine Schlägerei zwischen 30–40 Soldaten und circa 100 Knechten aus Mendorf stattgefunden. Im Wirthshause war nämlich eine Hochzeit. Es ist dort Sitte, daß auch Fremden gegen Entgelt die Theilnahme am Tanze gestattet wird, um durch den Beitrag die Kosten der Musik zu decken. Auch Soldaten hatten sich am Tanze betheiligte. Da geschah es, daß einer derselben aus Unvorsichtigkeit einen der Knechte trat oder stieß. Er wurde von letztem wieder gestoßen, und freiste unwillkürlich einen zweiten Knecht, der dies übel nahm und mit Hilfe Anderer den Soldaten die Treppe hinabwarf. Bald folgten andere nach. Das war der Beginn des Sturzes. Die übrigen Soldaten eilten den Kameraden zu Hilfe und räumten den Tanzsaal, während ein anderer Theil von ihnen sich nach unten zurückgezogen hatte. So waren sie

in zwei Hälften zersplittert, gegen die nun die Knechte kämpften. Die oben befindlichen Soldaten wurden durch einen Steinhagel, der durch die Bogenfenster drang, gezwungen, sich aus den Hinterfenstern des einen Stock hoch gelegenen Saales zu entfernen. Mittlerweile wurde die Zahl der Knechte durch Suffurs aus der gegenüber gelegenen Brennerei noch verstärkt, und es entspann sich nun ein erbitterter Kampf, der beiden Theilen Bunden brachte und schließlich durch Einschreiten der Gendarmen beendet wurde. (W. Z.)

Danzig, 2. Mai. [Marine.] Es wird jetzt die Korvette „Danzig“ so weit in Stand gesetzt, um zur vollständigen Reparatur nach Swinemünde oder nach England abgehen zu können. Auch an dem Dampfschiff „Vorlet“ wird mit erneuerter Kraft gearbeitet, nachdem die für dasselbe bestimmte Maschine hier angekommen ist. (D. D.)

Essen, 1. Mai. [Feuer.] Am 29. v. M. ist das in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Berge-Vorbeck gelegene Schloß Berge, Eigenthum und Wohnsitz des Grafen v. d. Recke, ein Raub der Flammen geworden.

Mörs, 30. April. [Feuer.] In der vergangenen Nacht ist die Baumwollspinnerei von Heinrich Schloer hier selbst abgebrannt. Einiges, doch verhältnismäßig nur Weniges, ist gerettet worden; die sammtlichen Spinnmaschinen, zum Theil ganz neu, sind verbrannt. Ein Nebengebäude und die Dampfmaschine sind unverletzt geblieben. (M. u. N. Z.)

Nordhausen, 2. Mai. [Polizeiverwaltung.] Seit dem Jahre 1852 befindet sich bei der hiesigen städtischen Polizeiverwaltung ein besoldeter königl. Polizei-Kommissarius in Funktion. Höheren Orts ist neuerdings reskribirt worden, daß die Stelle eines Polizei-Kommissarius am hiesigen Orte auf Staatskosten nicht weiter besetzt werden solle, und der Magistrat deshalb das Weitere wegen Wiederbesetzung dieser Stelle auf Kosten der Stadt zu veranlassen habe. (M. G.)

Stettin, 2. Mai. [Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl.] traf heute mit dem Abendzuge von Berlin hier ein, um, wie wir hören, das Kommando der dritten Division zu übernehmen. (M. Z.)

Stettin, 3. Mai. [Freisprechung.] Der bekannte Getreidehändler H. Moses, der in Folge seines im Verfolg der Krisis vom Jahre 1857 ausgebrochenen Fallitzustandes vom Gerichte in erster Instanz wegen fahrlässigen Bankrotts zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt worden war, ist in zweiter Instanz vollständig freigesprochen worden.

Thorn, 2. Mai. [Russisches Getreideausfuhrverbot; Geldvaluta.] Seit länger als acht Tagen hat sich das Gerücht verbreitet, das russische Gouvernement werde die Ausfuhr von Roggen und Hafer verbieten. Da Viele bereits in Polen Roggen hatten verladen lassen, so eilten sie über die Grenze und erfuhren hier, daß der bereits verladene Roggen noch passieren dürfe. Es soll jedoch die vorläufige Anweisung an die polnischen Grenzbehörden aus Warschau ergangen sein, daß sie ihre Aufmerksamkeit auf das jetzt Verladene richten sollten, um bei Erlaß eines Verbots die Ausfuhr sofort auf diese Güter beschränken zu können. Auch in Warschau glaubt man an ein Ausfuhrverbot, wie wenigstens Briefe von dort, die am 28. in Thorn eingetroffen waren, melden, indessen weiß man auch dort noch nichts Verlässliches. — Die Nachricht von einem russisch-französischen Bündniß hat uns Grenzbewohner als die zunächst erponirten natürlich am meisten in Schrecken gesetzt, zunächst aber wird Rußland den materiellen Schaden haben, denn die russische und polnische Geldvaluta ist ungemein gedrückt. Münze wurde am 29. in Thorn nur mit 13%, Papiergeld mit 18%, Konrants mit 10 1/2% Disagio genommen. An demselben Tage Nachmittags konnten Noten der Warschauer Bank in Thorn nur mit 20% Damno gegen preussische Valuta umgesetzt werden. (W. Z.)

Biersen, 2. Mai. [Schulwesen.] Unser Stadtrath hat wiederholt beschlossen, bei der neu einrichtenden Mädchen-Elementarschule keine Lehrerinnen, sondern Lehrer anzustellen, und die königliche Regierung zu Düsseldorf gebeten, wenn sie die Anstellung von Lehrern nicht genehmigen sollte, dann doch weltliche Lehrerinnen und keine Ordensschwestern zu bestimmen. Die königl. Regierung zu Köln hat noch jüngst einen aus dem Kölner Stadtrathe hervorgegangenen Antrag auf Anstellung von Ordensschwestern zweimal zurückgewiesen und es bei weltlichen Lehrerinnen belassen, welche sich in Köln so gut bewährt haben.

Oesterreich. Wien, 1. Mai. [Die Finanzmaassregeln der Regierung.] Von dem kaiserlichen Manifest datirt der Beginn des Kriegszustandes. Die Bevölkerung hat sich ganz in diese neue Lage verlegt, sie schließt sich bereits an, alle jene Ausnahmemaassregeln, welche mit dem exceptionellen Zustande zusammenhängen, aus dem Gesichtspunkte aufzunehmen, der für ihn der letzte sein muß. Anomalien, Abweichungen von dem gewohnten Stande der Dinge und von den legalen Wegen zur Erreichung der Staats- und Gesellschaftszwecke werden in diesem Lichte betrachtet und gewürdigt. Die Finanz-Verordnungen, welche selbst das Ausland nicht überrascht haben werden, sind hier wie längst Erwartetes hingenommen worden. Das Ausland wird nicht genau denselben Maassstab an unsere Verhältnisse legen, mit welchem wir an deren Würdigung herangehen, aber sein Urtheil wird zum mindesten, wenn es nicht befangen oder durch Eifersucht geleitet ist, schonend ausfallen müssen. Wenn Oesterreich seinen vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen jetzt die Erfüllung versagen muß, wenn es genöthigt ist, die Baarzahlung wieder auszuheben, die, was man auch gegen deren zeitliche Ausführung sagen möge, mit Ernst und Energie in Angriff genommen war und ohne gewaltthätige Störung des normalen Fortganges der Verhältnisse in kurzer Zeit zur Wahrheit geworden wäre, so wird man nicht im Zweifel sein können, daß die Verantwortlichkeit für das Mißlingen denjenigen zufällt, welchen die Unterbrechung des europäischen Friedens allein zur Last zu legen ist. Ich will mich jeder bernünftigen Versicherungen enthalten, es ist schwierig, in solchen Momenten andere Trostgründe aufzubringen, als den, welchen Jeder sich selbst zu geben bestimmt ist, daß mit den Ursachen auch die Wirkungen aufhören werden. Ich will um so weniger nach neuen Tröstungen ausbilden, als ich für die nächste Zeit neue Maassregeln im Auge sehe, welche dem gleichen Zwecke dienen sollen, für den die eben publizirten bestimmt sind. Dahin gehört die schon seit einiger Zeit projektierte und ihrer Verlautbarung nahe Verordnung wegen Einhebung von Steuerzu-

schlägen. Die Regierung wird im ausgedehntesten Maasse auf Vermehrung ihrer pekuniären Hilfsmittel bedacht sein, man hat aber die Ueberzeugung, daß die Opfer, welche der Krieg erheischt, vom Lande gebracht werden können, ohne daß der legale Weg verlassen zu werden braucht. Die Befürchtungen, welche im Publikum bezüglich des Silberchages der Bank verbreitet sind, dürfen daher als grundlos bezeichnet werden, und noch weniger Unterlage ist jenen Ausstellungen zuzuprehen, welche private Geldinstitute als durch Angriffe für militärische Zwecke bedroht darstellen. (W. Z.)

[Situation und Stimmung.] Das kaiserl. Manifest an die Völker Oesterreichs, das Circularschreiben des Grafen Buol an die österreichischen Gesandtschaften, die Armeebefehle und Proklamationen, die Abreise des ehemaligen Chefs der französischen Legation, des Marquis de Banneville von Wien, der die Abreise des Herrn v. Hübner aus Paris wohl demnächst folgen wird; eine Reihe anderer Kundgebungen endlich, alles dies verkündet deutlich, daß Oesterreich in den Zustand des Krieges getreten ist, und daß die Entscheidung der Furcht der Diplomatie entfiel, um der Gewalt der Waffen anheimgestellt zu werden. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Wendung der Situation in Oesterreich mit Enthusiasmus begrüßt wird. Die Stimmung ist eine gehobene und kriegerisch erregte und die geistlichen und weltlichen Behörden thun das Ihrige, um die patriotische Hingebung nicht erkalten zu lassen. So ist ein Hirtenbrief des Fürst-Erzbischofs von Wien, „der heiligen römischen Kirche Kardinalpriester zu unserer lieben Frau vom Siege“ erschienen, in welchem das, was in den oben erwähnten offiziellen Schriftstücken geltend gemacht wurde, mit dem vollsten Pathos der kirchlichen Ausruf der erzbischöflichen Gemeinde ans Herz gelegt wird. Der Hirtenbrief ist in der That im schärfsten Tone nicht bloß gegen Sardinien, sondern auch gegen Frankreich gehalten. Weiter ist ein Aufruf des Gemeinderaths der Stadt an die „Bewohner Wiens“ bemerkenswerth, worin die Aufforderung zur Bildung eines Freiwilligenkorps, welches Wien auszurüsten und dem kaiserlichen Kriegsherrn dem Vaterlande zur Verfügung stellen wird, enthalten ist. Hinter dieser Opferwilligkeit der Behörden bleibt die von Korporationen und Privaten nicht zurück. Der Adel des Herzogthums Schlesien hat sich erbboten, für den Bedarf der Armee freiwillig und unentgeltlich tüchtige Dienstpferde zu stellen. — Die „Mil. Ztg.“ erläßt einen Aufruf an die Besitzer sardinischer und französischer Orden, in dem es heißt: „Das schändliche Benehmen Frankreichs und Piemonts gegen Oesterreich wird jedem Vaterlandsfreund ohne Unterschied des Standes sagen; daß es eine Schmach sei, ferner eine Dekoration dieser beiden heimtückischen Feinde zu behalten. Daß sie Niemand tragen werde, versteht sich von selbst, damit ist aber nicht gedient; ohne Säumnis dieselben rückzustellen, ist Pflicht jedes Oesterreichers. Wir müssen so handeln, wie deutsche Männer in letzter Zeit mit der Helenamedaille verfahren sind.“ — Die „Wiener Ztg.“ warnt vor falschen Gerüchten und macht darauf aufmerksam, daß telegraphische Depeschen namentlich nur aus feindlichem Lager kommen können, da eine direkte telegraphische Verbindung des österreichischen Hauptquartiers mit Wien zur Zeit nicht statthaben könne. Das Publikum möge im Uebrigen versichert sein, daß es von jedem, seine brave Armee in Italien der rührenden Ereignisse rasch, vollständig und ohne Rückhalt wahrheitsgetreu in Kenntniß gesetzt werden wird. Nach dieser Erklärung der „Wien. Z.“ müssen denn allerdings weiter gehende Nachrichten mit großer Vorsicht aufgenommen werden.

[Truppenmacht in der Lombardei.] Die in Sardinien eingerückte österreichische Armee ist 120,000 Mann stark und geschah der Uebertritt in drei Korps bei Buffalora, bei Villanova und bei Vigevano. Dadurch sind jedoch die in der Lombardei stehenden Truppen nicht vermindert worden, da in den letzten Tagen nicht nur zwei neue Armeekorps aus dem Innern der Monarchie in der Lombardei angelangt sind, sondern auch die im Venetianischen konzentriert gewesenen Streitkräfte nach Gremona, Casalmaggiore und Piacenza drüger worden sind. Letztere wurden durch die in den letzten Wochen von hier aus nach Triest und Venedig beförderten Truppen ersetzt. Gutem Vernehmen nach wird schon in den nächsten Tagen ein viertes Korps von 50,000 Mann den Tessin überschreiten, so daß dann die aktive Armee 170,000 Mann stark sein wird. Die Besatzung von Piacenza ist 18,000 Mann stark und wohl verproviantirt. Nach Ancona sind schon vor zehn Tagen von Triest aus zwei Infanterieregimenter und zwei Grenadierbataillone nebst der entsprechenden Anzahl Geschütze als Verstärkung abgegangen. Ebenso ist die Besatzung in Ferrara angemessen verstärkt worden. (Schl. Z.)

[Proklamation des Grafen Gyulai an die Sardinier.] Die vom Kommandanten der II. Armee Grafen Gyulai, erlassene (telegraphisch bereits gemeldete) Proklamation lautet, wie folgt: „Völker Sardinien! Indem wir eure Grenzen überschreiten, haben wir unsere Waffen nicht gegen euch gerichtet. Unsere Waffen, sie gelten einer Umsturzpartei, die schwach an der Zahl, aber mächtig an Verwegenheit ist, die euch selbst gewaltthätig unterdrückt, sich gegen jedes Friedenswort empört und an den Rechten anderer italienischen Staaten und auch an denen Oesterreichs sich vergreift. Werden die kaiserlichen Adler von euch ohne Haß und ohne Widerstand empfangen werden, so werden sie auch Ordnung, Ruhe, Mäßigung mit sich bringen; der friedliche Bürger kann mit Sicherheit darauf bauen, daß Freiheit, Ehre, Gesetz und Habe als unverletzt und geheiligt geachtet und beschützt werden sollen. Mein Wort ist euch Bürge für die bewährte Mannszucht, die bei den kaiserlichen Truppen Hand in Hand mit der Tapferkeit geht. Als Organ der großherzigen Gesinnungen meines erlauchten Kaisers und Herrn, proklamire und wiederhole ich euch in dem Augenblick, in welchem ich euren Boden betrete, nur das Eine: daß unser Krieg kein Krieg gegen Völker und Nationen, sondern gegen eine herausfordernde Partei ist, die unter dem gleichnerischen Deckmantel der Freiheit Jedermann endlich der Freiheit berauben würde, wenn der Gott unsres Heeres nicht auch der Gott der Gerechtigkeit wäre. Wird nur einmal euer und unser Gegner bezwungen, werden nur erst Ordnung und Frieden wiederhergestellt sein, so werdet ihr, die ihr uns jetzt Feinde nennen könntet, uns binnen Kurzem Befreier und Freunde nennen.“

[Die Besteuerung der Zinscupons.] Was die neuesten Finanzmaassregeln anbelangt, so bemerkt die „Presse“ über die Maassregel, welche auch das Ausland in nicht geringem Maasse interessiert, nämlich über die Besteuerung der Zinscupons, Folgendes: „Die Verordnung über die Besteuerung der Zinscupons von Staatspapi-

ren ist kaum als die Ausbreitung einer Kriegsteuer anzusehen. Um diese Bezeichnung zu verdienen, muß sie nicht erheblich genug, denn es ist wohl zu beachten, daß auch bisher schon die Rente aus dem Besitz an Staatspapieren, wie alles Einkommen, einer Besteuerung unterlag, und daß die neue Vorschrift diese Besteuerung nur strenger durchführt, insofern, als in Zukunft nicht bloß der Einkommen, sondern auch der ausländische Besitzer österreichischer Staatspapiere dieser Steuerpflicht unterworfen wird. Zugleich wird in Zukunft eine Vertheilung des Einkommens aus dem Zinsgenuß von Staatspapieren dadurch verhindert, daß eben jeder einzelne Kupon um den Betrag der Steuer gekürzt wird. Diese Erhebungsart mußte zur notwendigen Folge haben, daß die Steuer eine absolute Höhe erzielt, statt nach einer Scala, wie bei der Einkommensteuer, bemessen zu werden. Die Verordnung nimmt als Maßstab, das für die dritte Klasse des Einkommens festgesetzte Prozent, d. h. fünf Prozent des Betrages, mithin wird z. B. ein Kupon über zehn Gulden De. W. von der Staatskassse in Zukunft nur mit 9 fl. 50 Kr. eingelöst werden. Uebrigens hat man jedenfalls in den nächsten Tagen weiteren Maßregeln entgegenzusehen, welche zur Vermehrung der Staatseinnahmen beizutragen bestimmt sein werden. Wenn im Ausland Befürchtungen ausgesprochen worden sind, Oesterreich wolle für die Dauer des Krieges die Zinszahlungen für die Staatsschuld suspendiren, so werden dieselben durch die gezeigten Verfügungen auf das richtige Maß zurückgeführt: eine fünfprozentige Besteuerung der Kupons ist es, was das übertriebene Gerücht bis zu einer völligen Sistirung der Zahlungen anwachsen ließ. Andererseits werden die Staatsgläubiger aus der Verordnung, welche die Verwendung von Nationalanleihekapitalen auch bei den in Silber zu leistenden Zinszahlungen gestattet, auch den Trost schöpfen können, daß diese Kupons von der Regierung auch ferner in Silber ausbezahlt werden.

— [Die „Öst. Post“ über die Aufstände in Oberitalien.] „Victor Emanuel“, ruft die „Öst. Post“ aus, „Diktator des Großherzogthums Toskana! Dieses Faktum leitet die bevorstehenden Ereignisse in würdiger Weise ein. Es ist eine That, die die ganze Kriegsschauplatz beleuchtet. Von zwei benachbarten Fürsten, die im Frieden, im Aeußern wenigstens, bisher nebeneinander lebten, wird der eine plötzlich vom Throne gedrängt und der andere, dem Lande vollständig fremde Souverän läßt sich zum Diktator des aufständischen Landes erheben. In Asien ist dies nichts Unerhörtes, in Central-Afrika mag es sogar Brauch sein, der neue Diktator pflegt dort den verdrängten König und seine Getreuen den französischen Schiffskapitänen als „freie Neger“ zu überliefern. In Europa ist dies Völkerecht eine neue Erscheinung. Seitdem Napoleon I. den spanischen Thron in Folge der Zwistigkeiten zwischen Vater und Sohn für erledigt erklärte, ist solches Beispiel nicht gegeben worden. Soldaten fordern die Abdikation ihres Landesfürsten, und als dieser seine Würde und sein Recht wahrhaben will, rufen sie den Nachbarkönig zum Diktator aus. Das ist dieselbe Politik, welche Despoten in Regionen formirt und sie mit königlichen Fahnen ausstattet, es ist die Politik des Treubruchs, die vor Nichts zurücksteht, wenn sie sich dadurch zu bereichern denkt, es ist, wie das kaiserliche Manifest sagte: Der Umsturz alles Bestehenden, der von Thronen herab in die Welt geschleudert wird. Am 10. Mai will Napoleon III. in Turin sein, um sich an der Seite seines kö niglichen Freundes Victor Emanuel der Ereignisse zu freuen, die sie mit einander vorbereitet und die so herrlich in einander greifen! Die Welt wird ein erhabenes Schauspiel haben. Die europäischen Souveräne werden mit Interesse auf die beiden Protektoren der völkerechtlichen Militär-Revolution blicken. Das alte verpönte Barchinense: „Fürsten zum Lande hinaus!“ wird an die Stelle des „Partant pour la Syrie“ von den piemontesischen und französischen Regimentsmuffen einfinden. Und dazwischen das „Ga ira und dazwischen Vive Napoleon! Vive l'Empereur! Aber Oesterreich hätte doch den Kongreß beschicken sollen, und wir sind „überrascht“, daß es die Friedensvermittlung nicht abgewartet hat.

— [Ueber die Schützenhofener Katastrophe.] Ueber die „Prager Ztg.“ einige weitere Notizen mit. Die Prozeßion bestand aus mehr als 1500 Wallfahrern und kam aus Nah und Fern zusammen. Bevor noch der Einsturz der Brücke erfolgte, schon in dem dichten Gedränge mehrfache Verletzungen vorgekommen sein. Die Brücke war im besten Bauzustande, und nur die übergroße Belastung war Ursache ihres Einsturzes. In's Wasser fielen über 400 Menschen, von denen 53 theils ertranken, theils erstickten. Unter den Todten befinden sich fünfundsiebzehn Frauen und acht Männer, und Schützenhofen ist dabei mit fünfzehn Menschen betheilt. Die Zahl der Verwundeten kann nicht genau angegeben werden, weil viele derselben, ohne sich verbinden zu lassen, die Stadt verlassen und eiligt ihre Heimath suchten. Sonderbar bleibt es immer, daß nur ein einziger Verbruch vorkam.

Wien, 2. Mai. [Telegramm.] Der französische Geschäftsträger, Hr. v. Banneville, hatte die auf vorgestern bestimmte Abreise verschoben und wird vermuthlich erst heute Abend abreisen. — Bei einer Fahrt im Prater wurde der Kaiser gestern von allen Volksklassen mit jubelnder Begeisterung begrüßt. — Nach hier eingetroffenen Berichten vom Kriegsschauplatz erfolgte der Uebergang der österreichischen Hauptarmee über den Ticino bei Pavia und Bereguardo. Das Hauptquartier befand sich am 30. v. M. zu Garlasco. — In der heute stattgehabten Ziehung des 1834er Anlebens fielen die Hauptgewinne auf folgende Nummern: auf Nr. 620 320,000 fl., auf Nr. 32,244 100,000 fl., auf Nr. 49,344 25,000 fl., auf Nr. 39,254 20,000 fl., auf Nr. 30,638 15,000 fl.

Triest, 30. April. [Einstellung der Dampfschiffahrt.] Der Verwaltungsrath der Dampfschiffahrts-Gesellschaft des österreichischen Lloyd macht unter dem heutigen Datum bekannt, daß, im Hinblick auf die gegenwärtigen politischen Verwickelungen, die Fahrten nach den fremden Häfen für jetzt suspendirt werden.

— [Ausfuhrverbot in Triest; Truppenbeförderung.] Die „Öst. Z.“ berichtet: Kapitän Laasch, von der preussischen Brigg „Gloria“, welche gegenwärtig in Triest liegt und mit Mais nach Irland befrachtet war, hatte am 27. Abends seine Ladung einbekommen und wollte am 28. früh auslaufen. Eine halbe Stunde zuvor war indeß ein Ausfuhrverbot von Wien eingetroffen. Kapit. Laasch wendete sich an den preussischen Konsul und dieser an den Gouverneur, und begründete sein Gesuch um Freilassung des Schiffes darauf, daß die Ladung schon vor Ankunft des Ausfuhrverbots komplett gewesen sei. Der Gouverneur erklärte jedoch, von dem erhaltenen Befehle nicht abweichen zu können; der Konsul hat nun an die preuss. Gesandtschaft nach Wien berichtet und im Auftrage des Kapitäns den Gesandten um schnelle Verwendung gebeten. Kapit. Laasch berichtet ferner, daß in Triest eine große Anzahl Schiffe mit Mehl für Brasilien liegt, die nun nicht ausgehen dürfen; selbst Küstenschiffe dürfen mit Mundvorräthen nicht von einem Hafen zum andern verjeilen. — Die Eisenbahn befördert täglich 4 — 5000 Mann Militär für Venedig. Am Duai sind Kanonen aufgeföhren.

Bayern. München, 2. Mai. [Verordnung.] Die „Neue Münch. Ztg.“ schreibt: Durch Reskript der königl. Staats-

ministerien der Justiz und des Innern ist, auf Grund früherer allerhöchster Verordnungen, den königl. Landgerichten neuerdings aufgegeben worden, bei dem mündlichen Verahre mit den Gerichtsuntergebenen gegen Jedermann ein freundliches, wohlwollendes Benehmen, in schriftlichen Erlassen aber eine wohlbemessene, der Stellung und dem Bildungsgrade der Betheiligten entsprechende Schreibart, unbeschadet der Würde des Amtes, zu beobachten. Insbesondere wurde verordnet, daß die königl. Landgerichte alle Ausfertigungen, welche an Privatpersonen gerichtet und denselben einzuhändigen sind, zu verschließen und mit der Adresse „Das königl. Landgericht an...“ zu versehen haben, und daß hierbei das Präfixat „Herr“ nicht nur allen siegelmäßigen, sondern allen jenen Personen, welche den gebildeten Ständen angehören, ertheilt werde.

Hannover, 2. Mai. [Drängen der deutschen Mittelstaaten zum Kriege.] Die „Sp. Z.“ enthält folgende, etwas hochfahrende Mittheilung: „Ob es möglich gewesen wäre, den Frieden zu erhalten, wenn Preußen vor drei Monaten förmlich und feierlich erklärt, daß es jeden Angriff Frankreichs auf Oesterreich als einen Angriff auf sich selbst betrachte, darüber kann man sehr zweifelhaft sein, das aber scheinen alle Klassen unserer Bevölkerung für gewiß annehmen zu dürfen, daß von dem Augenblick an, wo eine russisch-französische Koalition gegen Oesterreich sich gebildet, eine sogenannte defensive, d. h. neutrale Stellung der deutschen Staaten deren Unabhängigkeit nicht sichern kann, sie vielmehr untergraben muß. Eben deshalb hat auch die neuliche Erklärung Preußens im Hause der Abgeordneten hier nicht befriedigt. Die Lage der Dinge ist gegenwärtig eine solche, daß man es den Regierungen der deutschen Mittelstaaten wahrlich nicht verargen kann, wenn sie nicht Willens sind, abzuwarten, bis Preußen seine Neutralität aufgibt, sondern sich entschließen, diejenigen Schritte zu thun, die ein aktives militärisches Vorgehen im Gefolge haben. Ich glaube versichern zu dürfen, daß zwischen Oesterreich, Bayern, Hannover, Württemberg und mehreren anderen deutschen Staaten in diesem Augenblick die lebhaftesten Verhandlungen über militärische Operationen am Oberrhein gepflogen werden, die allem Anschein nach zu einem befriedigenden Resultate führen werden. Daß einer russisch-französischen Koalition nicht sofort eine preussisch-österreichisch-englische Allianz entgegen tritt, ist in der That eine höchst beklagenswerthe Wahrnehmung. Aber noch viel verzweifelter würde die Situation sein, wenn Oesterreich selbst in Deutschland nur Sympathieen, aber keine bewaffnete Unterstützung erhielt. Letztere wird ihm ohne Zweifel von allen deutschen Staaten sofort werden, wenn einzelne den Muth haben, ohne Zögern zu zeigen, daß sie ihrer Pflichten gegen das Vaterland eingedenk sind. So gering auch die politische und militärische Bedeutung der Mittelstaaten oft beurtheilt worden ist, und die Jahre 1848 und 1849 haben zu einer solchen Anschauung reichliches Material geliefert, so wenig wird doch geleugnet werden können, daß sie in diesem Augenblick ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale legen können, wenn sie dem ritterlichen Sinn ihrer Heere Rechnung tragen, und mehr noch, wenn sie die gesammte Volkskraft sofort unter die Waffen rufen. Wir in Nordwestdeutschland, die wir mit Stolz uns der kleinen Heldenschaar erinnern, die vor einem halben Jahrhundert dem Despoten entgegen trat, nachdem er die halbe Welt bezwungen, werden es nicht eine „abenteuernde“ Politik nennen, wenn Hunderttausende von Männern zu den Waffen eilen, um ihre Nationalität zu verteidigen, ehe es zu spät ist, ehe die Franzosen die südlichen Vertheidigungslinien, und die Russen die östlichen genommen haben, ehe die Truppen- und Terraintkräfte der Lombarden Frankreich und Savoyen, Galiziens Rußland zur Disposition stehen. Wer möchte aber leugnen, daß es so weit käme, wenn die Politik des Abwartens wiederum in Scene gesetzt werden sollte.“ Die Red. d. Sp. Z. fügt diesen Expektorationen mit vollem Rechte die Bemerkung bei: „Sollte man denn in Hannover wirklich glauben, daß Preußen der deutschen Sache fehlen werde? Man versteht sich doch wohl in Preußen noch eben so gut auf Politik und Krieg, wie in den deutschen Mittelstaaten, und hat ein eben so gut deutsches Herz; es wäre also besser, wenn man in Hannover nicht zu vorschnell urtheilt!“

Württemberg. Stuttgart, 1. Mai. [Das angebliche russisch-französische Schutz- und Trugbündniß.] Soll an unserm Hofe, wo man aus nahe liegenden Gründen über russische Intentionen wohl berichtet ist, sehr bezweifelt werden. Fürst Gortschakoff werde, heißt es, zur Unterstützung eines diplomatischen Schachzuges wohl mit zwei oder vier Armeekorps drohen, aber nicht handeln. Rußland wird fortfahren, Frankreich diplomatisch gegen Oesterreich zu sekundiren, weiter wird es nicht gehen. Fürst Gortschakoff, der Todfeind Oesterreichs am russischen Hofe, der offenbar schon bei der Stuttgarter Zusammenkunft die jetzigen Wirren einfädelte, wird soweit nicht Macht über seinen Herrn gewonnen haben, daß er einen Schutz- und Trugvertrag durchsetze. Das persönliche Widerstreben Kaiser Alexanders gegen ein Napoleonisches Bündniß war bei der erwähnten Zusammenkunft kein Geheimniß. (Aehnliches wird auch aus Weimar berichtet; indeß kann, so lange die „Times“ ihre Nachricht für „im Wesentlichen durchaus wahr“ erklärt, und der „Moniteur“, der doch sonst dergleichen gern dementirt, ein trappistisches Schweigen beobachtet, gegen solche Ablehnungen mancher Zweifel nicht unterdrückt werden. D. Red.)

Frankfurt a. M., 30. April. [Bundesversammlung.] Bekanntlich war in der Bundestags-Sitzung vom 23. d. das Protokoll offen gehalten für die Vertreter der freien Städte (resp. Hamburg und Lübeck, denn für Bremen und Frankfurt erklärte sich der Gesandte instruit) und die thüringischen Staaten. Wir erfahren nun, daß dieselben sich nachträglich zustimmend zu dem Beschluß der Marschbereitschaft ausgesprochen haben, und so liegt nun, da Dänemark und Luxemburg, in der gestrigen Bundestags-Sitzung ihre Stimmen ebenfalls abgegeben haben, einstimmiger Beschluß über den Antrag Preußens vor. Die übrigen Verhandlungen der hohen Versammlung betrafen lediglich militärische Angelegenheiten, Bundesfestungsachen u. dgl., die sich nicht wohl für die Veröffentlichung eignen.

— [Aushebung von Bürgerhohnen.] Der Senat hat, sicherem Vernehmen nach, sich genöthigt gesehen, der gesetzgebenden Versammlung einen Gesetzentwurf: die Aushebung hiesiger Bürgerhohnen zum Bundeskontingent betreffend, vorzulegen, da trotz der günstigen Bedingungen, welche man in Folge eines gelegentlichen Erlasses für die Anwerbungen gestellt hatte, die Stadt nicht im Stande

war, die zur Erfüllung der Bundespflicht nöthige Mannschafft aufzubringen. (Fr. Z.)

Hessen. Kassel, 1. Mai. [Prozeß Bilmar.] Das von dem hiesigen Kriminalgericht in der Klagesache der theologischen Fakultät zu Marburg gegen Herrn Bilmar erlassene Urtheil lautet auf 33 Jähr. Strafe oder 18tägige Gefängnißstrafe, für den Mitangeklagten Pfarrer Heldmann auf 22 Jähr. oder zwölf-tägige Gefängnißstrafe wegen Verbrechen und heimlicher, durch den Druck verbreiteter Beleidigung der Fakultät; zugleich ist auch Unterdrückung der betreffenden Druckschrift erkannt worden.

Sachsen. Rendsburg, 1. Mai. [Die Demolirungsarbeiten.] Von der Ingenieurdirektion ist an den Entrepreneur der hiesigen Demolirungsarbeiten die Weisung ergangen, für vermehrte Arbeitskraft zu sorgen, oder zu gewärtigen, daß ein Theil der Arbeiten an anderweitige Abnehmer verdingen werde. Da die Hälfte der Arbeiten und der schwierigste Theil derselben bereits beschafft ist, so wird der Unternehmer diesen letzteren Teil zu vermeiden suchen, und neben den bisherigen 150 Arbeitern noch andere anstellen, welche ihm jetzt durch den erhöhten Tagelohn leicht zu Gebote stehen. (Sph. Nachr.)

Rassau. Wiesbaden, 2. Mai. Demonstration gegen die „Kölnische Ztg.“ Ein in dem hiesigen Kasino, welches die Gasse der hiesigen Gesellschaft umschließt, gestellter Antrag auf Entfernung der „Köln. Ztg.“ aus dem Lesezimmer ist zum Beschluß erhoben worden, in Folge dessen dieses Blatt fernerhin trotz des noch laufenden Quartals nicht mehr aufgelegt wird. (Der Antrag war bekanntlich mit der antinationalen Haltung der „Köln. Ztg.“ motivirt worden.) — Ebenso wird aus Freiburg berichtet: Es wurde dieser Tage durch sehr zahlreiche Unterschriften der Mitglieder des hiesigen Museums das Präsidium ersucht, die „Köln. Ztg.“ wegen ihrer unpatriotischen Gesinnung abzuschaffen und nicht mehr auf dem Lesezimmer aufzulegen. Man ist hier über deren Haltung so sehr entrüstet, daß es nothgedrungen erscheint, solches Organ in seinem fernern Erscheinen nicht länger mehr durch Abnahme zu unterstützen.

Großbritannien und Irland.

London, 30. April. [Bedenkliche Enthüllungen.] Jeder Tag bringt neue Enthüllungen, die, wenn sie sich bewahrheiten, auf die unangenehmsten Pläne der französischen Regierung und die Kürzlichkeit des englischen Kabinetts gar merkwürdige Streichwürfe werfen. Wir lesen im „City-Article“ der „Times“, „Jest erst erfährt man, daß Rußland und Frankreich vor 1—2 Monaten gleichzeitig bei einem der größten hiesigen Landartenhändler für je 500 Pf. St. Karten und Pläne der englischen Küsten und Festungen, so wie der britischen Mittelmeer-Stationen bestellt hatten. Verwundert über die Größe dieser Bestellung, hatte sich dieser Landartenhändler verpflichtet gefühlt, der Admiralität Anzeige zu machen, ohne daß diese jedoch Einsprache gegen die Ausführung der Ordre erhoben hätte. Vor ungefähr 3 Wochen kam eine ähnliche Bestellung im Betrage von 300 Pf. St. von der spanischen Regierung und gestern wieder eine von je 500 Pf. St. von Frankreich und Rußland. Letztere umfaßte überdies die Karten aller Häfen und Küsten Indiens. Nun ist allerdings die Admiralität nicht zu tadeln, daß sie der Ausführung dieser Aufträge kein Hinderniß in den Weg legte, denn in einem solchen Falle wären die gewünschten Karten auf indirektem Wege bezogen worden. Der Umstand jedoch, daß die Regierung von diesem Allen unterrichtet war, und trotzdem nicht so viel Verdacht schöpfte, um ihren parlamentarischen Friedensraus zu beeinflussen, und um ihre Behauptung, daß Lord Palmerston zur Erhaltung des Weltfriedens nothwendig sei, zu modifiziren, muß zu den Wunden der politischen Geschichte gerechnet werden.“ — Eine zweite Neuigkeit ist die, daß Spanien auf der Themse (bisher achte man auf dergleichen weniger) 27 Kanonenboote von geringem Tiefgang und mehrere größere Kriegsschiffe bauen läßt. Natürlich fragt man sich, was Spanien eben jetzt mit englischen Karten zu thun gedenkt, zu welchem Zwecke es in England Kriegsschiffe bauen läßt. Darauf antwortet die „Times“, „Spanien ist sonst keine von den abenteuerlustigen Mächten. Es hat weder in den englischen, noch in anderen von England befahrenen Gewässern viel zu gewinnen. Aber es lebt noch immer die alte Tradition, daß Spanien sich zum Dienste Frankreichs hergeben kann und den Reizen solchen Dienstverhältnisses nicht immer widerstehen konnte. In der That ist Spanien kaum ein eigener Herr. Frankreich hält, wie an einem Staatsgeheimniß, an der Doktrin fest, daß Spanien entweder sein Eigenthum oder sein Mißthandiger sein müsse und daß Frankreich Herr alles dessen ist, worüber Spanien zu verfügen hat. So erblicken wir denn rings um uns geheimnißvolle Zeichen großer Anstalten zu unerforschten Zwecken. Sind diese wirklich so ungeheuer groß, dann kann Frankreich noch länger abwarten, zaudern, ja sogar einen Schritt zurück thun. So scheint es, nach den neuesten Berichten aus Paris, kommen zu wollen. Ist aber ein Verzug in diesem Augenblicke, wo Oesterreich einen Vorprung von 2—3 Tagen hat, wo die Witterung den Uebergang über die Alpenpässe noch erschwert, nicht an und für sich für Frankreich von einigem Werthe? Oesterreich hat eine Unternehmung gemacht, ja man könnte sagen: es hat den Rhein zum Opfer gebracht, um nur den ersten Schlag zu führen. Gibt Frankreich jetzt vernünftigen Vorstellungen Gehör und thut es so, als ob es unterhandeln wolle, wer bürgt uns dafür, daß es sich auf diese Weise nur die Möglichkeit und nichts anderes verschaffen will, Oesterreichs strategischen Vorprung weit zu machen. Verdächtig muß jetzt Alles sein, nachdem die Geheimlei eine so große Rolle gespielt hat, und wir fühlen es, daß wir fortan unser Augenmerk auf die thätlichen Bewegungen der französischen Armee, nicht auf die Versicherungen des französischen Kabinetts zu richten haben. So lange ein halb Duzend Armeekorps sich auf Piemont los bewegt, ist das, was in Paris gesagt wird, von sehr untergeordneter Bedeutung; denn selbst Napoleon III. könnte schwerlich einen Zusammenstoß zwischen seinem und dem österreichischen Heere hindern, wenn die beiden einander nur erst gegenüberstehen.“

— [Küstungen; die Parlamentswahlen.] Aus Woolwich wird gemeldet, daß die Thätigkeit im dortigen Arsenal seit den letzten Tagen eine ungeheure geworden ist, daß ganze Schiffsladungen voll Geschützen und Kriegsbedarf nach Malta und Korfu verpackt werden, daß nach diesen beiden Festungen und nach Gibraltar im Laufe dieses Monats je 100 schwere Belagerungsgeschütze nebst 100,000 Geschossen abgeliefert worden sind. Die Regierung hat angeordnet, Transportschiffe zu mieten. Ein Theil der Kanalkotte ist aus Cork, wo sie seit Wochen vor Anker lag, abgesegelt, andere Schiffe dieses Geschwaders wurden von verschiedenen Stationen einberufen. Es ist somit gewiß, daß dieses Geschwader konzentriert wird, um aller Wahrscheinlichkeit nach den Kanal und die heimischen Küsten zu bewachen. — In der City fand gestern die unangeforderte Wiedererwählung der früheren vier Mitglieder statt, die sich dabei sammtlich für Englands Neutralität aussprachen. In Marlebone sind Edw. James mit 1159 und Sir B. Hall mit 4968 Stimmen wiedergewählt, der unfreiwillige Kandidat Lord Stanley aber mit 1088 Stimmen durchgefallen. Im Londoner Wahlbezirk Tower Hamlets sind Butler und Wyton wiedergewählt. Ebenso Walpole und Selwyn für die Universität Cambridge. Cobden ist in Rochdale gewählt. Was bis jetzt von den Wahlen bekannt ist, berechtigt nicht zu der Ansicht, daß das nächste Parlament sich in seiner Zusammensetzung von dem alten wesentlich unterscheiden werde. Bisher wenigstens hat sich weder für die Regierung, noch für die Opposition ein nennenswerther Gewinn herausgestellt. Auch die Wahlen waren bis jetzt nicht von großer Bedeutung.

— [Wahlkorruption.] Die „Times“ meint, nach allem, was man höre, würde die Korruption bei den Wahlen dieses Mal ärger sein, als je zuvor, besonders in den kleinen Boroughs. „Nichts ist genug für einige dieser Boroughs, da sie, wie sie fürchten, zum letzten Male ihre Ernte halten. Bewerber wurden um all ihr Geld geprellt und dann fortgeschickt, um reicheren Tröpseln Platz zu machen. Es sind drei Anstiftungen von Bestechungsgeldern hinter einander vorgekommen. Man hat die Wähler in Klassen von 10, 20 und 30 Pf. St. eingetheilt. Der Kandidat macht Maueranschläge, hält Reden im Freien u. s. w. Das wichtigste Geschäft wird inzwischen im Hinterstübchen von Leuten abgemacht, die keine Reden halten und von politischen Unternehmungen kaum reden.“ Die „Times“ tröstet sich damit, daß gerade dieses Schauspiel die eindringlichste Mahnung für die bevorstehende Reformbill abgeben werde.

— [Die „Times“ über Toscana.] Die „Times“ spricht sich in einem Artikel über die Vertreibung des Großherzogs von Toscana aus. „Toscana war seit 1848 am wenigsten schlecht regiert. Der Großherzog wurde nach den Ereignissen von 1848 von dem Volke selbst zurückgerufen. Zum Danke für sein Großherzogthum mit österreichischen Truppen und verwandelte sich in einen bloßen Satrapen Despoten. Er hatte eine Verfassung beschworen, aber hob sie wieder auf. Er brach jedes Versprechen, welches er im Sturme des Jahres 1848 gemacht hatte. Wären nur die Einwohner von Toscana duldsamer, oder ihre Regierung milder gewesen sein, als anderswo in Italien, genug, in Toscana blieb Alles still. Die Einwohner verlangten, das österreichische Joch abzuschütteln, warteten aber ruhig auf Gelegenheit. Die Gegenwart der großherzoglichen Familie verursachte, daß man kein drohendes Gebahren, keinen Schrei des Hasses in den Straßen hörte. Ein jüdtümliches Aufsteigen der Gleichgültigkeit drückte die Gefühle des Volkes aus.“ Die „Times“, mit dem Aufhören der österreichischen Herrschaft in Toscana wohl zufrieden, sieht aber die Zukunft Italiens sehr dunkel.

London, 1. Mai. [Die russisch-französische Allianz; Landesbewaffnung.] Vorgestern war der russische Gesandte im Foreign-Office, um Lord Malinsbury beruhigende Zusicherungen über das Gerücht einer Allianz mit Frankreich zu geben. Das Cabinetblatt („Herald“) gab diese offenbar nicht sehr genügende Erklärung in zweideutiger Form wieder, worauf Dr. v. Brunnow sich direkt an den Editor gewendet und um ein Dementi der „Times“ ersucht hat. Letztere findet jedoch trotz dieses Dementi's unbedingten Glauben. — Landesbewaffnung ist Hauptartikel der meisten Blätter. Mißtrauen gegen Frankreich dominiert. (Dtd. P.)

— [Ministerielle Erklärungen über die russisch-französische Allianz.] Es hat sich nun auch ein Mitglied des Ministeriums über die angebliche russisch-französische Allianz ausgesprochen, und zwar der Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Seymour Fitzgerald, der vor den Wählern zu Gresham, sich hierüber in folgender Weise vernehmen ließ: „Ich leugne nicht, so laut die Antwort des Fürsten Gortschakoff auf eine von der engl. Regierung an Rußland gerichtete direkte Anfrage, ob ein gegen England feindlicher Vertrag existire, daß ein schriftliches Abkommen (a written engagement) zwischen Frankreich und Rußland bestehen mag, aber ich kann Ihnen aufs Bestimmteste versichern, daß eine solche Uebereinkunft (arrangement) nichts enthält, was auch nur im entferntesten als eine feindliche Allianz gegen Europa konstituierend ausgelegt werden könnte. Wenn Lord Malinsbury über diesen Gegenstand befragt werden sollte, so wird er mit Vertrauen in obigem Sinne antworten können, und ich gebe meine persönliche Bürgschaft dafür, daß die Erklärung durch die Thatfachen nicht Lügen gestraft werden wird.“ (Und wenn man auch hier, um Lord Palmerstons Worte in Eiverton zu gebrauchen, die Regierung schlecht unterrichtet wäre? D. Med.)

Auch der zweite der Unterstaatssekretäre für die auswärtigen Angelegenheiten, Gathorne Hardy, hat in seiner Wahlrede (zu Leominster, wo er und Kapitän Hanbury ohne Opposition wiedergewählt sind) versichert, daß die Gerüchte von einer Allianz zwischen Rußland und Frankreich unbegründet seien. Es seien diese Gerüchte, wie er fürchte, zum Zweck von Börsenspekulationen, durch Leute verbreitet worden, welche sich durch das Unglück ihrer Mitbürger zu bereichern strebten; oder, wenn dies nicht der Fall, so liege ihrer Verbreitung irgend ein unerforschliches, aber schlechtes Motiv zu Grunde. Der Himmel möge England davor bewahren, in den Krieg verwickelt zu werden; denn gesetzt den Fall, Rußland und Frankreich hätten eine Allianz geschlossen, könnte man wohl glauben, daß dies zur Verbreitung freier Institutionen geheißen sein würde? Beeres Gerüchte sei es, zu behaupten, Frankreich habe das Schwert zu Gunsten der Freiheit gezogen. Wenn Frankreich die Verbreitung der Freiheit wollte, so möge es zu Hause damit anfangen, möge die Freiheit des Denkens und Sprechens an seinen eigenen Gefährten ermuntern, dann wäre es Zeit, davon zu reden, sie auch anderswärts zu befördern. Er seinerseits sei entschlossen, im nächsten Parlament, so viel er vermöge, dazu mitzuwirken, daß England vor der Betheiligung am Kriege bewahrt bleibe. Sollten aber England oder seine Kolonien bedroht werden, dann müsse es sich verteidigen, und er wisse, was die Antwort des Landes sein würde, wenn man es angriffe. Leider sei zu fürchten, daß Frankreich nur um seiner eigenen selbstischen Zwecke willen Sardinien unterstütze. Sardinien werde eine bloße Dependenz von Frankreich werden, und er fürchte, man werde binnen wenig Tagen auch wieder von der Erneuerung eines kaiserlich-französischen Prinzen zum König von Rom hören, wie unter dem ersten Napoleon.

— [Tagessagen.] Das einzige der in London gegründeten französischen Journale, das in Frankreich zugelassen und sogar von der kais. Regierung (durch eine jährliche Beistellung auf 50 Exemplare) unterstützt wurde, „La Presse de Londres“, ist eingezogen. — Die „Saturday Review“ verbreitet sich über Napoleons Benehmen in einem ihrer schärfsten Artikel und beginnt eine Kritik für England ähnlich der nach dem Frieden von Amiens zu ahnen. — Das Wochenblatt „Economist“ wiederholt, auch nach der Nachricht von einem russisch-französischen Uebereinkommen, sein früheres Glaubensbekenntniß: Neutralität, fügt jedoch hinzu, daß die „bewaffnete Neutralität“ Englands in gewissen Fällen zur bewaffneten Einmischung umschlagen müßte. Diese casus belli wären: 1) ein Verlaß Frankreichs, sich auf Kosten Belgiens zu vergrößern oder seine Grenze an dem Rhein auszuweiten; 2) ein Verlaß Rußlands, sich auf Kosten der Türkei zu vergrößern. Vor der Hand aber will der „Economist“ weder den Franzosen noch den Russen solche Gelüste nachgeben. — Einer Mittheilung der „Times“ zufolge sind nicht nur viele Schiffbauer, sondern auch die bedeutendsten der englischen Maschinenwerkstätten mit Bestellungen der französischen und russischen Regierung so sehr überhäuft, daß sie über die üblichen Tagesstunden arbeiten lassen. — Der „Observer“ macht aufmerksam auf die große Wichtigkeit des Hafens von Gattaro, der nach Malta der geräumigste in Europa sei. Der Eingang des Hafens sei so befestigt, daß er nicht forcirt werden könne, doch könne der Ort durch eine Biotade von der Seeferse zur Uebergabe gezwungen werden.

— [Die Wahlen in den Burgflecken.] Seit Mittags 4 Uhr bis Ende. Nach dem „Globe“, der als Partei-Organ nicht verläßlich ist, waren bis Mittag unter 177 gewählten Mitgliedern 110 Liberale und 67 Konervative. Doch ist in keinem Falle ein Rausch zu wagen, bevor die Grafschaften gewählt haben, in denen die Hauptstärke der Konserverativen liegt. In York standen Mittags die Sachen so, daß Edward, der daselbst Kandidat, alle Aussicht hatte, wieder ins Parlament zu kommen. In Dover hat es den Anschein, als ob Osborne gegen den Admiralskandidaten unterliegen werde. Dagegen ist einer der eifrigsten Tories, Sir W. Carden, der Lord-Mayor vom vorigen Jahre, in Gloucester durchgefallen.

Frankreich.

Paris, 30. April. [Das russisch-französische Bündniß; Schonung der kirchlichen Sympathien; Amnestie in Turin.] Ich erhalte die verlässliche Nachricht, daß die englische Regierung dem Gerücht von dem Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses ein größeres Gewicht beilegt, als man nach dem Widerspruch, welcher jenem Gerüchte entgegentritt, anzunehmen berechtigt war. Das britische Cabinet hat ohne Zweifel Zusicherungen erhalten, und die Erklärungen, welche alle seinem Einflusse zugänglichen Organe der Londoner Presse brachten, enthielten in mannichfachen Fassungen den Ausdruck solcher Versicherungen. Nichtsdestoweniger trifft man in London, wie ich aus ganz vertrauenswürdiger Quelle vernehme, mit großer Eile und Energie Vorkehrungen, welche keinen anderen Schluß gestatten, als daß man sich für die Eventualitäten des dementirten Bündnisses ernstlich rüstet. Man darf sich in Deutschland darauf gefaßt halten, in sehr kurzer Zeit die Vorboten der englischen Wachsamkeit in der Ostsee zu erblicken. — Die hiesige Regierung ist entschlossen, in dem jetzt entbrannten Kampfe auf italienischem Boden Alles zu vermeiden, was die kirchlichen Sympathien der katholischen Bevölkerungen zu verlegen im Stande wäre. General Goyon hat Befehl erhalten, keine Bewegung, wie sie sich auch verkleide, in Rom auskommen zu lassen. Dem Papste soll ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers überhändigt sein, welches den Zweck hat, das Oberhaupt der Kirche gegen jede Besorgniß sicher zu machen. Auch die klerikalen Funktionäre und Hausfreunde der Tuilerien hat man zu beruhigen gewußt, und die Sprache, die das „Univers“ in den letzten Tagen führte, läßt sich erkennen, daß der journalistische Vorkämpfer des Ultramontanismus nicht so aufgeregert ist, wie noch vor acht Tagen. Kardinal Morlot ist vom Kaiser persönlich aufgefordert worden, den Klerus zu ermahnen, daß er jeder Bewegung entgegenzutreten

möge, welche unter dem Deckmantel der Sympathie für die Sache der Kirche diese als gefährdet erscheinen lassen möchte, um politischen dem Gouvernement feindlichen Tendenzen zu dienen. Aus Rom erfährt man, daß dort eine große Aufregung herrscht, daß aber Symptome, welche auf Ausbrüche, wie sie in den Herzogthümern erfolgt sind, deuten, nicht hervortreten. — Aus Turin meldet eine gestern eingetroffene Depesche, der König habe alle politischen Berurtheilungen amnestirt, die Amnestie werde der König auf alle die nicht sardinischen Gebiete erstrecken, welche sich in dem jetzigen Aufstande unter die provisorische Zeitung Piemonts stellen würden. Der Herzog von Modena scheint sich übrigens zufolge der hier eingetroffenen Thatfachen nicht mit der Resignation zu fügen, welche das Verfahren des Großherzogs von Toscana so eigenthümlich kennzeichnet. Er hat, wenn die Meldungen richtig sind, Truppen auf Massa und Carrara dirigirt, um diese abgefallenen Städte ihrer legitimen Autorität zu unterwerfen. (H. Z.)

— [Preßstimmen.] Hr. Granier aus Cassagnac, dessen „Reveil“ eingeschlagen ist, debütierte als Chefredakteur des „Journ. de l'Empire“, und zwar mit einem Artikel: le but de la guerre. Mit der ihm eigenthümlichen Offenherzigkeit gesteht er ein, daß die französischen Heere nur im Interesse der französischen Regierung nach Turin und nach Genua ziehen. Die „Patrie“ affektirt jetzt eine wahre Bersekerwuth. Der Krieg ist noch nicht erklärt, und schon sagt sie geradezu, daß die Desfreicher aus Italien herausgeschlagen werden müßten. Doch das ist gar nichts im Vergleich mit ihrer naiven Bemerkung, die Ordnung sei in Florenz nicht im Entferntesten gestört worden, als der Großherzog sich gezwungen sah, einer Militär-Konspiration zu weichen. Herr Lymairac weiß nicht, daß selbst die Abonnenten der „Patrie“ über einen so totalen Mangel an moralischem Sinn staunen.

— [Die Stimmung.] Bekanntlich meldeten die Pariser Zeitungen, daß beim Abmarsch der ersten nach Italien bestimmten Truppen aus Paris eine patriotische Demonstration stattgefunden habe. Ein Pariser Korrespondent des „Bund“, der derselben beigewohnt hat, will nicht viel von Begeisterung entdeckt haben. Er sagt: Vor den palastähnlichen Kasernen des Chateau d'Eau und des Stadthauses waren große Volksmengen versammelt, welche mit jenem, dem Pariser eigenen spöttischen Wesen des Abgangs der Truppen harrieten. Als aber ein Bataillon des 74. Regiments ohne Trommelschlag und Spiel ausrückte, da rief Alles: „Es lebe die Linie! Es lebe die 74er!“ und klatschte in die Hände. Von eigentlicher Begeisterung für irgendwen oder irgendwas war nicht viel zu sehen. Ein neben mir stehender Unteroffizier, der noch die Nacht abgehen wird, meinte: „Jetzt, nachdem sie die Truppe an die Schlachtbank haben abgehen sehen, geben sie nach Hause und sind zufrieden.“

— [Beschädigungen des Weinstocks.] Aus den Wein-districten werden schlimme Ernte-Aussichten gemeldet. Der Frost hat überall großen Schaden angerichtet. Aus Balengay (Dep. Indre) erfährt man, daß neun Zehntheile der Schößlinge erfroren sind. Wie das Wetter jetzt auch werden mag, so wird die Ernte nur dürftig ausfallen. Aus dem Cher-Departement, Umgebung von Saint Saturnin wird über den Frost vom 17. April geklagt. Die niedrig gelegenen Weinberge haben außerordentlich gelitten. An einzelnen Stellen fürchtet man, daß ein Fünftel, an anderen, daß zwei Drittel verloren sind. Die Höhen haben verhältnißmäßig weniger gelitten. Weine sind im Steigen. Aehnlich lauten Berichte aus Saumur (Maine und Loire), Sezanne (Marne), Cosnes (Nièvre) und aus anderen Weingegenden. Der eigentliche Aurerre-Weinbau ist vom Frost buchstäblich vernichtet; in den tiefgelegenen Gärten sucht man vergebens nach einem Schößling, der verschont geblieben wäre. (H. Z.)

Paris, 1. Mai. [Römische Note; diplomatische Verhandlungen.] Eine Note des heiligen Stuhls, die hier eingelaufen, hat gestern eine große Minister-Konferenz zur Folge gehabt, welcher der Kaiser präsidirte. Man hört von wichtigen Instruktionen, die an General Goyon nach Rom gehen; der Papst wird die heilige Stadt nicht verlassen. (Das soll wohl andeutungsweise heißen: Der heilige Vater wird nicht nach Gaëta, wie er wünscht, reisen dürfen, sondern wider seinen Willen in Rom bleiben müssen, mehr oder minder ein Gefangener des französischen Kommandanten.) — Die gestrigen Gerüchte von neuen Instruktionen an die Legation in Wien hestätigten sich. Herr v. Hübnert hat seinen Aufenthalt bis Montag verlängert. Rücksichten für England sind Hebel dieser nachträglichen Verhandlung. Man erachtet die an Desfreich gestellten Bedingungen für unannehmbar. Die definitive Antwort wird morgen aus London erwartet. (Dtd. P.)

— [Tagessbericht.] Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret, betreffend die Einteilung der für 1859 aus der Klasse von 1855 einberufenen 140,000 Mann unter die 86 Departements des Reichs. Die Zahl der in den Listen von 1855 eingeschriebenen jungen Leute ist nach dieser Uebersicht 305,943, und verhält sich somit die Zahl der Eingezogenen zum geforderten Kontingente wie 45,700 zu 100. — Durch kaiserliches Dekret vom 26. April ist ein provisorisches Regiment algerischer Tirailleurs geschaffen, das drei Bataillone und sechs Kompagnien haben wird. — Durch kaiserliches Dekret vom 30. April wird die Ausfuhr folgender Artikel aus Frankreich verboten: 1) Kriegswaffen aller Art; 2) Blei, Schwefel, Pulver, Salpeter, salpetersaures Natron, Feuersteine, Zündhütchen, Flintenpatrone, Geschosse und andere Kriegsmunition aller Art; 3) Militärlieferungen, Lager, Equipagen und Pferdegeschirre-Effekten; 4) Pferde; 5) Segel- und Dampfmaschinen, zur Schiffahrt geeignete Maschinen und Maschinentheile, Takelwerk und Schiffszubehör, so wie alle anderen rohen oder verarbeiteten Gegenstände von Schiffen oder Militärmaterial. — Am 28. April schiffte sich in Marseille die Divisions-Generale Gagnon und Camillaud, der Brigade-General Cler und der Inspektor der Gensdarmen, General d'Ornay, nach Genua ein. — Das Reglement der französischen Eisenbahnen schreibt vor, daß die Reisenden die Werthsachen, die sie in Gold und Silber in ihrem Reisegepäck mitführen, deklariren müssen. Der Kassationshof hat unter dem 16. März entschieden, daß die Eisenbahnen im Falle eines Verlustes solcher deklarirten Summen verantwortlich gemacht werden können. — Eine alte Bäuerin, die unweit Cognac wohnte und sehr einfach lebte, hat ihren Seilwerber eine Million Franken hinterlassen. In ihren Kellern fand man unter Anderem 15 Stück Cognac, die von der Besitzerin rein vergessen zu sein schienen; dieselben wurden zum Theil per Hektolitre mit 1000 Franken bezahlt.

— [Diskussion in der Deputirtenkammer über den italienischen Krieg.] In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer fand nochmals eine Diskussion über die äußeren Angelegenheiten statt, und zwar bei Gelegenheit der Vorlesung der Anleihe. Der Deputirte Lemerle, zur katholischen Partei gehörend, ergriff zuerst das Wort. Er stellte die Frage, ob die Regierung des Kaisers, die ein Feind der Revolution sei, die Person des Papstes und seine Staaten beschützen werde. Baroche antwortete im Namen der Regierung. Er erwähnte nicht den Kirchenstaat, sondern beschränkte sich darauf, zu sagen, daß die Regierung die Sicherheit und Unabhängigkeit des heil. Stuhles achten werde. Der Deputirte Vicomte de la Tour d'Auvergne, Orleanist, ergriff hie-

rauf das Wort. Er sprach im Namen von 53 Mitgliebern, die des Tages zuvor eine Versammlung bei dem Deputirten de Chambrum, ehemaligen Präfecten, abgehalten hatten. Er erklärte, daß er den Krieg bedauere und gegen denselben votirt haben würde, wenn man sich nicht Angesichts des Feindes befände. Er wolle nicht, daß man in Italien die Revolution entfessele. Diese Rede wurde von dem Murren der Versammlung unterbrochen. Herr Baroche bemerkte, daß der Krieg einfach defensiver Natur sei. Nach dem Präsidenten des Staatsrathes ergriff Jules Favre das Wort. Er sprach in dem Sinne der Rede, die Olivier bei der Diskussion über das Rekrutengesetz hielt. Er hob jedoch noch mehr hervor, als Herr Olivier, daß es der Kaiser gewesen sei, der den Krieg gewollt, vorbereitet und hervorgerufen habe. Er schloß damit, indem er sagte: wenn der Krieg in Italien kein revolutionärer sein werde, der die Vertreibung der Desfreicher und die Unabhängigkeit der italienischen Halbinsel zum Zweck habe, so sei er ein Verbrechen. Große Senation erregte in der Kammer eine bemerkenswerthe Unterbrechung, die der Rede Jules Favre's zu Theil wurde. Derselbe erklärte, daß die Regierung auf sie zählen könne, wenn es sich darum handle, die Desfreicher aus Italien zu verjagen. Was das Inland betreffe, so könne aber von keinem Bunde zwischen ihnen und der Regierung die Rede sein. Der Vizepräsident unterbrach hier Jules Favre, indem er ihm bemerkte, daß man von einer Regierung, die so oft von dem allgemeinen Stimmrecht afflamirt worden, nicht auf solche Weise sprechen dürfe. „Einem Repräsentanten“, antwortete Jules Favre darauf, „der mit Gewalt von seinem Sitze heruntergeworfen wurde, hat man nicht das Recht, auf solche Weise zu antworten.“ (H. Z.)

— [Einteilung der Streitkräfte; die Führer der italienischen Armee.] Aus militärischen Kreisen vernimmt man, daß die gesammten französisch-sardinischen Streitkräfte in zwei Hauptarmeen zerfallen werden, von denen die eine durch Victor Emanuel, die andere durch Napoleon III. kommandirt würde. Außer den sardinischen Truppen und den Freischaren gehörten auch die beiden Armeekorps von Canrobert und Niel zu der Armee des Königs; die Garde, so wie die Korps von Baraguay d'Hilliers, Mac Mahon und des Prinzen Napoleon würden die Armee des Kaisers bilden. Die Stärke der französischen Truppen, welche bis morgen auf sardinischem Boden sich befinden werden, beläuft sich auf 70,000 Mann. Paris und Versailles sind von Truppen ziemlich entblößt; die Carabiniers, welche nach Straßburg bestimmt waren, sind aus diesem Grunde in Versailles zurückgeblieben. — Die Namen der kommandirenden Generale der Alpenarmee, die offiziell jetzt „Italienische Armee“ heißt, sind folgende: Marshall Baraguay d'Hilliers, Chef des Generalstabes General Foltz; 1. Division General Forey, die Brigaden die Generale Benet und Blanchard; 2. Division Kamillaud; Brigaden: Martimprey, Ladreit de la Charrière; 3. Division Bazaine; Brigaden Goffe, N. N. — Kavalleriedivision. 2. Armeekorps: Divisionsgeneral Mac Mahon, Chef des Generalstabes General Lebrun. 1. Division de Camotterouge; Brigaden Lefebvre und Bonnet-Mauvryhan de Pöhles; 2. Division Espinasse, Brigaden ... 3. Armeekorps: Marshall Canrobert, Chef des Generalstabes de Senneville; 1. Division Bourbaki, Brigaden Trochu Ducrot; 2. Division Bonat, Brigaden Bataille und Colineau; 3. Division Renault Brigaden Picard und Jannin. — Kavallerie Montauban. 4. Armeekorps: Divisionsgeneral Niel, Chef des Generalstabes Espivent de la Ville-Boisnet. 1. Division Ezzy, Brigaden Niel, de Leyris; 2. Division Binay, Brigaden D. Farrel und Saurin; 3. Division de Failly.

— [Frankreich und die revolutionären Bestrebungen; Hr. v. Hübnert; erwartete Rundgebungen; die Lage der Presse.] Der Papst hat, wie man hier erfährt, den Wunsch ausgesprochen, Rom zu verlassen, aber General Goyon hat sich seiner Abreise widersetzt, so daß der heilige Vater in seiner Hauptstadt eine Art von Gefangener ist. Unsere geistliche Welt ist voller Unruhe. Die Revolution Italiens macht einen großen Eindruck. Die französische Regierung kann nicht erstaunt darüber sein, denn sie war eingeweiht in die Pläne aller Emissäre und aller Agenten, die schon seit lange ankündigten, daß Alles bereit sei. So fangen die Voraussetzungen, die Lord Derby auf der englischen Tribüne vernahmen ließ, an sich zu rechtfertigen. Jede Stunde und jede neue Nachricht wird sie mehr und mehr rechtfertigen, denn wenn die französische Regierung mit der einen Hand die Fäden der Revolution in Italien hielt, so hält sie mit der andern die der Revolution in der Walachei, in der Moldau, in Serbien und Montenegro, und im Orient wird die Explosion stattfinden, wie sie im Süden Europas stattgefunden, in dem Augenblicke, wo die Lunte das Feuer anzünden wird. — Die Abreise des Herrn v. Hübnert steht bevor; derselbe hat bereits alle Lieferanten der Gesandtschaft auszahlen lassen. — Man erwartet, daß der „Moniteur“ morgen die Anzeige von der Errichtung des Repensitätskassenfonds bringt, und zugleich spricht man von einem Artikel, bestimmt, auf die von der auswärtigen Presse gegen die französische Politik gerichteten Angriffe zu antworten. Ein Auszug aus der Desfreich'schen Zeitung, eine Art von Kriegserklärung an Frankreich enthaltend und durch den Telegraphen hierher gekommen, wurde von der „Agentur Havas“ an die Journale vertheilt. Der Minister des Innern hat an alle Redaktionen das Verbot, diese Depesche zu veröffentlichen, geschickt, mit dem förmlichen Befehl, den von der „Agentur“ gelieferten Text herauszugeben. Frankreich soll nicht wissen, was in Wien oder in London passiert und gesagt wird. Frankreich hat nur die Wahrheiten zu verschlucken, die man in der „Patrie“ fabrizirt. Wenn die „Patrie“ beweisen würde, daß Deutschland vor Enthusiasmus für die französische Politik zittert, daß die englischen Journale Dithyramben zu ihrer Ehre singen, so müßte Frankreich es wohl glauben, weil Niemand zu widersprechen wagen würde. Das vor vierzehn Tagen unterdrückte und dann wieder aufgelebte „Memorial diplomatique“ ist jetzt von Neuem unterdrückt worden. Die Maßregel ist ganz logisch. Das Blatt war in Veracht, den Frieden dem Kriege vorzuziehen. Obwohl es seine Meinung nicht offen zu sagen wagte, so liegt es doch auf der Hand, daß die Freiheit, die es sich herausnahm, den Krieg nicht mit Beifall zu begrüßen, nicht in einem Lande geduldet werden konnte, dessen Söhne ihr Blut vergießen sollen, um Andern angeblich die Freiheit zu geben, die sie selber nicht haben. (H. Z.)

(Beilage.)

Niederlande.

Haag, 1. Mai. [Vom Hofe; Dimission des Gouverneurs von Surinam; Prinz Mehemed Ali; aus Indien; Budgeterhöhung.] Die Königin Sophie hütet in Folge eines Katharrelens die Gemächer. — Der König hat das erneuerte Dimissionsgesuch des Gouverneurs von Surinam, Generals Schimpf, genehmigt. — Der Bruder des Vizekönigs von Egypten, Prinz Mehemed Ali, verweilt gegenwärtig hier, und am 28. v. M. fand ihm zu Ehren im Hotel des Fürsten Karadscha, hiesigen Gesandten der hohen Pforte ein glänzendes Diner statt. — Unter den mit der letzten Post aus Indien angelangten Nachrichten, welche nähere, wenig bemerkenswerthe Details über den Zug gegen Boni und über die Verwundung des Generals Seimneh, dem der rechte Oberarm zertrümmert wurde, bringen, ist auch die Anzeige von dem Ableben des Missionärs Schwarz eingelaufen. Dieser Geistliche hinterläßt das Andenken an sein 25-jähriges, legendäres, unermüdetes Wirken in Menabassa. — Die Erste Kammer der Generalstaaten hat ihre Arbeiten begonnen und am 29. v. M. den Gesetzentwurf über die Amortisation der Staatsschuld um 10 Millionen angenommen. Den Kammern wird schleunigst ein Gesetzentwurf zur Budget-Erhöhung für das Kriegsdepartement vorgelegt werden. Der Supplementbetrag des Budgets beträgt 2-3 Millionen und soll dazu verwendet werden, im Angesicht der augenblicklichen politischen Situation Europa's die Mäztigen zweier Aushebungen unter den Waffen zu halten. Eine gleiche Maßregel wurde im Jahre 1848 vorgenommen. Auch hinsichtlich des Marinebudgets wird ein Gesetzentwurf erwartet. (Pr. 3.)

Schweiz.

Bern, 30. April. [Einstellung des Dampfbootdienstes auf dem Lago maggiore; General Dörsenbein; militärische Maßnahmen.] Ein Kreisfahrenden der eidgenössischen Postverwaltung macht bekannt, daß der Dampfbootdienst auf dem Lago maggiore eingestellt worden ist und die Postsendungen nach Sardinien und denjenigen Staaten, für welche der Transit über Sardinien benutzt wird, bis auf Weiteres über Genua zu laufen. — Es heißt, die französische Regierung habe den auf Urlaub in der Schweiz befindlichen General Dörsenbein wieder in Dienst berufen. — Der Bundesrath hat am nächsten Montag der Bundesversammlung vorzuliegende Vorschläge samt Dekretentwurf beraten und angenommen. Es handelt sich darum, den Bundesrath in den Stand zu setzen, allen Eventualitäten begegnen zu können. — Herr Oberst Ziegler, Kommandant der 3. Division, dessen Hauptquartier sich in Genua befindet, hat in Ausübung der ihm vom Bundesrath verliehenen Kompetenz ein Bataillon und eine Scharfschützenkompanie aufgestellt, um in dem Wallis zur Bewachung des Simplon verwendet zu werden. — Der Große Rath von Neuchâtel hat 95,000 Fr. für die Mobilisation seines Kontingents und 45,000 Fr. für Vervollständigung der Equipierung votirt. — In einigen schweizer Blättern wird die Befürchtung ausgesprochen, Oesterreich möchte die von der Schweiz zu wählende Neutralität des japyrischen Genevois durch den Transport der Franzosen nach Chamberg für verlegt ansehen. Der „Bund“ meint nun, von offizieller Seite könne in dieser Beziehung der Schweiz unmöglich ein Vorwurf gemacht werden, nachdem sich der Bundesrath in seiner Neutralitätsklärung über die fraglichen Verhältnisse so offen ausgesprochen und die österreichische Regierung seinen bezüglichen Kundgebungen unbedingt beigekimmt habe. (Pr. 3.)

Bern, 1. Mai. [Telegraphenzerstörung; Verkehrsstockung; französisches Manifest.] Die Oesterreicher haben vorgestern die Telegraphenverbindung mit der Schweiz zerstört, nachdem noch die Eröffnung der Feindseligkeiten von Novara her gemeldet worden. — Der „Bund“ meldet: Der österreichische Feldmarschall-Lieutenant von Benedek ließ gestern 7 große Barken von Sesto Gallendo nach Angera remorquieren. Die Kommunikation zwischen Locarno und Turin ist unterbrochen. Der Personen- und Waarenverkehr zwischen Graubünden und Mailand dauert fort. — Der hiesige französische Gesandte überreichte heute dem Bundesrath ein Manifest, worin Frankreich, den europäischen Staaten gegenüber, seine im Kriege einzunehmende Haltung auseinandersetzt.

[Die Verbindung mit Italien.] Die Kommunikation Graubündens mit Italien ist nicht unterbrochen. Die Eisenbahnstrecke Mailand-Como ist allerdings militärisch okkupirt; aber die Route von Mailand und Bergamo über Lecco und Chiavenna ist um desto freier, so daß nicht nur der Personen-, sondern selbst der Waarenverkehr ohne alle Störung fortbauert, ersterer sogar täglich mehr anwächst. Die Splügenpost bringt täglich mehr Weizen. Der St. Gotthard ist für Räderfahrwerke geöffnet; 300 Arbeiter haben in drei Tagen die großen noch vorhandenen Schneemassen beseitigt. Die Schneeburgenbetten am Bernhardsin werden bis am 5. Mai vollendet sein. Der Zug französischer Truppen über den Mont Cenis dauert ohne Unterbrechung fort. (Pr. 3.)

Italien.

Rom, 26. April. [Die preussischen Majestäten; Pr. v. Thile.] Se. Maj. der König von Preußen fühlte sich bei dem schlechten Wetter der Charwoche ungewöhnlich gedrückt und mußte sich deshalb von dem Gemüth und Drängen der Menge im Vatikan so viel möglich fern halten. Hingegen hörte die Prinzessin Alexandrine Donnerstags Nachmittags in der Sirtina das Miserere Allegri's, die Königin am Freitage ebendort das von Zingarelli. Vorgestern war Se. Majestät wohler und begab sich nach dem Petersplatz in dem Augenblick, wo der heil. Vater dort allem Volke die Benediction gab. Vorgestern Abend sahen Ihre Majestäten die Beleuchtung der Thürme und Säulengänge St. Peters, gestern eine Stunde in der Nacht von einem Ehrenbalkon auf der Piazza del Popolo die Girandola. — Gestern ging die offizielle Anzeige von dem Rücktritt des Herrn v. Thile ein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß statt seiner der königl. Gesandte von Neapel, Hr. v. Canis, künftig beim heiligen Stuhle beglaubigt wird. (R. 3.)

[Manifestationen.] Das „Journal des Débats“ meldet über die bereits erwähnten Vorgänge: Der heilige Vater hat, wenn gleich mit sehr niedergeschlagener Miene, alle Cerimonien der heiligen Woche vollzogen und am Oestertage nach dem Gottesdienste den feierlichen Segen erteilt. Als die Menge sich vertiefte, trat ein Vorfall ein, der übrigens Niemanden überraschte. Begeisterte Rufe: „Es lebe Frankreich! Es lebe König Victor Emanuel! Es lebe Italien! Es lebe der Kaiser!“ wurden laut, als der Wagen des französischen Botschafters vorbeikam; diese Rufe wiederholten sich, als die Generale de Goyon und de la Rone mit ihren Offizieren eintrafen. Die zahlreichen Gruppen, aus welchen diese Rufe hervorgerufen, bestanden aus dem durch Erziehung und Stellung hervorragenden Theile der Bevölkerung. Als der Wagen des österreichischen Botschafters vorbeikam, beobachtete man das tiefste Schweigen. Bald erfuhr man, daß diese Kundgebung der päpstlichen Regierung unlieb gewesen und daß der österreichische Botschafter alsbald zum Vatikan zurückgekehrt war, und man befürchtete, Abends würden Verhaftungen erfolgen. Die Karabinieri stellten sich auch wirklich Nachts bei mehreren jungen Leuten der wohlha-

bendsten Bürgerklasse ein, diese aber waren geflohen; einige andere jedoch wurden ergriffen. Der französische Botschafter glaubte interveniren zu müssen. Der Staatssekretär erwiderte, wie man versichert, die päpstliche Regierung könne, da sie entschlossen sei, die strengste Neutralität zu beobachten, kein Geschrei auf öffentlichen Straßen dulden. Die italienische Partei glaubte sich nicht beruhigen zu können. In Erwiderung auf die Verhaftungen wurde eine andere Kundgebung bewerkstelligt: Bei Gelegenheit des Feuerwerks auf der Piazza del Popolo wurde von mehreren Tausenden von Personen vor dem Palais des Obergenerals wieder laut gerufen: „Es lebe Frankreich! Es lebe der Kaiser! Es lebe Italien!“ Wie bestimmt verlautet, werden auf Anstehen des französischen Botschafters die Verhafteten in Freiheit gesetzt werden. Der Befehlshaber der französischen Okkupationsdivision zu Rom, General de Goyon, hat am 26. April folgende Warnung erlassen:

Freiheit, jedoch öffentliche Kundgebungen haben stattgehabt. Welche auch immer unsere Sympathien für die ausgedrückten Gefinnungen sein mögen, wir dürfen sie sich nicht erneuern lassen. Jede öffentliche Kundgebung ist eine Störung der Ordnung, welche auch die Fahne oder der Bewegungsmantel, und es gehen daraus stets für die Betroffenen mißliche Maßnahmen hervor. Das Gesetz verbietet alle Zusammenrottungen und bestraft sie nothigenfalls mit Waffengewalt zu zerstreuen. Auf Befehl unseres Kaisers hier, um den verhängnisvollen und verheerenden heiligen Vater zu unterstützen, indem wir seiner Regierung die Aufrechterhaltung der Ordnung erleichtern, muß ich als Befehlshaber der öffentlichen Gewalt dem Geleite Achtung verschaffen. Wie peinlich diese Pflicht auch sein möge, wir werden sie unter allen Umständen zu erfüllen wissen; ich rechne jedoch auf den so unerschütterlichen und weisen Geist des römischen Volkes, daß er mir deren Erfüllung erleichtern werde.

Turin, 30. April. [Proklamation des Königs an die Nation.] Der König hat eine Proklamation an die Nation erlassen, welche von dem Grafen Cavour gegenzeichnet ist und heute zu Turin und allenthalben im Königreiche veröffentlicht wurde. Die wichtigsten Stellen lauten:

Oesterreich greift uns an, während es Friedensliebe vorgiebt; nachdem es verweigert hat, unsere Differenz einem europäischen Kongresse zu unterwerfen, verletzt es die England gemachten Versprechen; es verlangt von uns, die Zahl unserer Truppen zu vermindern und alle die Tapferen zu entlassen, die von allen Seiten Italiens zu uns herbeigeeilt sind, um die heilige Fahne der italienischen Unabhängigkeit zu verteidigen. Ich vertraue die Regierung des Staates meinem vielgeliebten Vater an und ergreife wieder mit meinen Soldaten den Degen. Wir werden zusammen kämpfen für die Freiheit und die Gerechtigkeit, während die tapferen Soldaten des Kaisers Napoleon, meines edelmüthigen Verbündeten, so wie jene der Völker Italiens, zur Seite stehen. Oesterreich greift Piemont an, weil es stets die Sache des Vaterlandes in den europäischen Konflikten behauptet hat, und weil es nicht unempfindlich blieb für eure Schmerzensrufe. Oesterreich bricht heute die Verträge, es hat dieselben jedoch nie geachtet. Gegenwärtig ist das Recht der Nation frei; ich kann gewissenhaft die Gelübde erfüllen, die ich auf dem Grabe meines erlauchten Vaters geleistet habe. Vertrauend auf den Allmächtigen, auf unsere Eintracht, auf die Tapferkeit der italienischen Soldaten, auf das Bündniß der edlen französischen Nation, auf die Gerechtigkeit der öffentlichen Meinung, geht mein Ergehn nur dahin, der erste Soldat der italienischen Unabhängigkeit zu sein. Es lebe Italien!

[Proklamation des Königs an die Armee.] Eine zweite Proklamation des Königs Victor Emanuel ist an die sardinische Armee gerichtet. Dieselbe lautet:

„Soldaten! Oesterreich, das seine Armeen an unseren Grenzen zusammenzieht, droht, in unser Gebiet einzufallen, weil hier die Freiheit im Bunde mit der Ordnung regiert; weil nicht die Gewalt, sondern Eintracht und Liebe des Volkes zu seinem Herrscher den Staat lenken; weil hier der Schmerzensschrei des unterdrückten Italiens ein Echo findet. Oesterreich wagt, uns den Befehl aufzulegen, uns, welche Waffen haben, um sich zu wehren, diese Waffen niederzulegen und uns auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Eine so beleidigende Anforderung verdient nur Eine Antwort: wir haben sie mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Soldaten! Ich theile Euch diese Botschaft in der Ueberzeugung mit, daß Ihr die Beleidigung, die Euren Könige und der Nation zugefügt worden, zu den Tugenden machen werdet. Die Mächtigkeit, die ich Euch mittheile, ist eine Kriegsmacht. Also zu den Waffen, Soldaten! Ihr werdet einen Feind der Euch nicht neu ist, vor Euch finden; aber wenn er tapfer und wohlgeplant ist, so habt Ihr doch durchaus den Vergleich nicht zu scheuen, und dürft Euch Götter, Völkern, Santa Lucia's, Sonna-Compagna's und sogar Custozza's rühmen, wo nur vier Brigaden drei Tage lang gegen fünf Armeekorps gekämpft haben. Ich werde an Eurer Spitze vortreten. Ich befehle mich schon mit einer großen Anzahl von Euch inmitten der Gefechte und konnte, als ich an der Seite meines erlauchten Vaters kämpfte, mit Stolz Eure Tapferkeit bewundern. Auf dem Felde der Ehre und des Ruhmes werdet Ihr, dessen bin ich gewiß, Euren Ruf der Tapferkeit bewahren und vermehren. Zu Gefechten werdet Ihr jene unerschrockenen Soldaten Frankreichs haben, die Sieger in so vielen Schlachten, die mit Euch an der Tchernaja kämpften, und welche Napoleon III., der stets zum Beistande bereit ist, wo es gilt, eine gerechte Sache zu verteidigen und der Sache der Civilisation den Sieg zu verschaffen, hochherzig in zahlreichen Cohorten uns zu Hülfe sendet. Vorwärts denn, die Ihr voll Vertrauen auf den Sieg seid! Neue Vorbereitungen werden Eure Fahnen schmücken, diese Fahnen, welche mit ihren drei Farben und mit der Elite der Jugend, die sich aus allen Theilen Italiens um dieselbe sammelt, um sich in ihrem Schatten zum Kampfe zu scharen, Euch mahnen, daß Ihr Italiens Unabhängigkeit zu vollenden habt, dieses gerechte und heilige Unternehmen, welches Euer Feldgeschrei sein wird. Turin, 27. April 1859.“

[Depesche des Grafen Cavour an den Marquis d'Azeglio.] Die „R. Z.“ theilt folgende Analyse einer Depesche des Grafen Cavour an den Marquis d'Azeglio mit, welche vom 20. April datirt und folglich nach der Ankündigung des Ultimatus geschrieben worden ist. Sie lautet:

Der Präsident des sardinischen Ministeriums hält es für nothwendig, alle stattgefundenen Unterhandlungen genau zusammenzufassen, damit die in jüngster Zeit auf telegraphischem Wege ausgewechselten Mittheilungen der verschiedenen Regierungen zu keinen Mißverständnissen und zu keinen falschen Deutungen Anlaß geben. Als Rußland den Antrag zum Zusammenretren des Kongresses stellte, verlangte Oesterreich als vorläufige Bedingung die Entwafrung von Sardinien allein. Das Kabinet von England hat geglaubt, dieses Begehren unterstützen zu müssen, indem es Sardinien zugleich seine wie Preussens Garantie gegen jeden Angriff von Seiten Oesterreichs anbot. Den Vorschlag der britischen Regierung anzunehmen, wäre so viel gewesen, als sich von Oesterreich Geleite vorzubereiten zu lassen. Die einfachsten Gebote der Würde machten der Regierung Sr. sardinischen Majestät eine Pflicht daraus, denselben zurückzuweisen. Sie hat es ohne Zaudern gethan. Um jedoch die Befriedigung der Schwierigkeiten zu erleichtern, und um Verabredungen, welche geeignet sein konnten, den Frieden zu erhalten, die Bahn zu brechen, hat die sardinische Regierung vorgeschlagen, die Truppen von den beiderseitigen Grenzen entfernt zu halten. Dieser billige Vorschlag ist vom Wiener Kabinet zurückgewiesen worden, und dieses hat dagegen eine allgemeine Entwafrung verlangt. Nun folgt die Auseinandersetzung der Annahme Seitens aller Mächte, welche bereits Bekanntes enthält. — Der Präsident des Ministerathes verheißt sich keinesweges die Schwierigkeiten, auf welche die Anwendung dieser Maßregel stoßen würde, und wollte das Wort Entwafrung definiren. Ihm zufolge sollte diese Operation in folgender Weise vor sich gehen: „Oesterreich möge unterlassen, neue Truppen nach Italien zu schicken, dann wolle die sardinische Regierung die Einberufung der Reserve nicht vornehmen.“ Das österreichische Kabinet bestand jedoch auf der einfachen Entwafrung Sardinien's, indem es hinzufügte, daß, falls dieselbe nicht vor sich ginge, Oesterreich Sardinien angreifen würde. Einer solchen Drohung Oesterreichs gegenüber verbarnte die Regierung des Königs auf ihrer Weigerung. Erst dann gestellte das Kabinet von St. James Preußen sich bereit, um von der sardinischen Regierung bloß die Zulassung des Grundsatzes der Entwafrung zu verlangen. Man wiederholte uns sowohl von London, wie von Berlin aus, sagt Graf Cavour, „daß, wenn wir bei unserer Weigerung blieben, Oesterreich uns angreifen würde. Aber trotz dieser wiederholten Drohungen haben wir nichts an unsern früheren Erklärungen geändert.“ Der Präsident des sardinischen Ministeriums erklärt, daß mittlerweile das englische Ka-

binet die Gerechtigkeit der Reklamationen von Sardinien anerkennend, die Zulassung eines sardinischen Bevollmächtigten zum Kongresse sich gefallen lassen wollte, aber einzig und allein, um über die Entwafrungsfrage zu verhandeln. Indem man auf diese Weise (fährt Herr v. Cavour fort) auf der einen Seite unser Recht anerkannte, über einen gewissen Punkt, welcher unser freies Handeln als unabhängiger Staat berührt, an der Berathung Theil zu nehmen, so hat man auf der andern Seite unsere Ansicht über den Kongress bestätigt, indem man eine ungerechte und demüthigende Ungleichheit zwischen Sardinien und den anderen Mächten feststellte, und zwar in Bezug auf Fragen, in welchen unsere wichtigsten Lebensinteressen verwickelt sind. Wir haben nicht in diese Beschränkung unserer Rechte einwilligen gekonnt. In diesem Augenblicke verhandelte sich England mit Frankreich, um die gleichzeitige Entwafrung sämtlicher Mächte zu verlangen, unter der Bedingung, daß Sardinien und die anderen italienischen Staaten in derselben Weise zum Kongresse zugelassen werden, wie dies bei jenem von Laibach der Fall gewesen, d. h. auf dem Fuße vollständiger Gleichheit mit allen Mächten, welche an dem Kongresse betheiligt sein sollen. Die Regierung des Königs trat dieser Bedingung bei, obgleich die Ehrlichkeit von Oesterreich ihr kein vollständiges Vertrauen einflößt hat, trotz aller Dpfer, die Sardinien aus Rücksicht für die anderen Mächte bringen mochte. Das sardinische Kabinet ladet seinen Vertreter ein, zu erklären, daß die Zulassung Sardinien's zum Kongresse ganz auf gleichem Fuße mit den anderen Mächten von Oesterreich ausdrücklich zugegeben werden müsse. Falls es zur Vereinfachung der Präliminararbeiten wirklich nothwendig sein sollte, daß Sardinien nicht gleich vom ersten Tage an im Kongresse seinen Platz finde, so willigt die Regierung in diese Bedingung. Allein von dem Augenblicke an, wo ihre Bevollmächtigten Zutritt in die Versammlung gefunden haben, darf Sardinien keine untergeordnete Stellung mehr einnehmen und muß dieselben Rechte (immunités) ausüben, wie die anderen Mächte. Am Schluß der Depesche erörtert der Graf den wichtigsten Punkt der Entlassung der Freischützen. Graf Cavour empfiehlt dem sardinischen Gesandten, über diesen Punkt keine Verpflichtungen einzugehen. Er hält es für eine Unmöglichkeit, diese Korps, welche aus Leuten zusammengelegt sind, die lange gelitten und gehofft haben, plötzlich zu entlassen. Es wäre grausam, ihnen eine solche Täuschung zu bereiten. Ein solcher Mangel an Herz würde zugleich ein Mangel an Vorsicht sein. Zwölftausend Mann mit einem Male der Verwerfung Preis zu geben, sei gefährlich, und diese könnten leicht die öffentliche Ruhe bedrohen. Die Mächte, welche eine Revolution befürchten, sollten es begreifen, daß die sofortige Entlassung der Freiwilligen das Signal zu einer Revolution in Italien werden müßte. Vor dieser Betrachtung müßten alle anderen in den Hintergrund treten in den Augen der Mächte, welche an der Erhaltung der Ordnung ein Interesse haben.

[Die Landesvertheidigung; kriegerische Maßnahmen.] Von piemontesischer Seite sind die stärksten Vertheidigungsanstalten getroffen worden, die wichtigsten Linien sind besetzt und das Land am Tessin, Sesia, Dora und Po mit Benutzung der zahlreichen Bewässerungskanäle, die im Frühling mit Wasser wohl versehen sind, überschwemmt, wodurch das Vordringen einer zahlreichen Armee, die auf diese Art nur auf die Hauptstraße beschränkt ist, sehr erschwert wird. Die Bevölkerung reichte willig Hand zu dieser Operation, welche eine angestrengte und schnelle Arbeit erforderte. Nur in einem Orte, Saluggia, fand man einigen Widerstand von Seite einiger Bauern, die jedoch durch eine kleine dahin gesandte Kavallerieabtheilung bald zur Ordnung gebracht wurden; der Pfarrer des Ortes, der die Bauern zu jenem Widerstande aufgehetzt hatte, wurde verhaftet. Ein Edikt des Platzkommandos fordert die Reserventkontingente der zweiten Kategorie auf, sich bereit zu halten, da sie nächstens zum activen Dienst einberufen werden. Die Regierung hat für die Provinzen, welche vom Kriegsschauplatz berührt werden, außerordentliche Kommissare ernannt: Pleggio für Alessandria, Cecilio für Novara, San Martino für Genua. Die Fahrten auf den Eisenbahnen von Balanga bis an die östliche Grenze werden von morgen an eingestellt, die Bahnen auf einigen Strecken unzugänglich gemacht. Auch die telegraphischen Drähte sind in jener Richtung abgeschnitten bis auf einen einzigen Draht, der die Depeschen der Regierung befördert. Beim Herannahen des Feindes hat der damit beauftragte Beamte die Instruction, die Maschinen zu zerbrechen und den Ort der Station zu verlassen. (R. 3.)

Turin, 1. Mai. [Telegr.] Die französischen Truppen sind heute Morgen von Turin nach Alessandria abgegangen. Andere kommen mit der Artillerie an. — Ein offizielles Bulletin von gestern meldet, Mortara sei von 3000 Oesterreichern und Novara von 400 Infanteristen und 50 Kavalleristen besetzt; doch habe noch keine Bewegung auf Vercelli stattgefunden; die Oesterreicher seien in großer Zahl von Piacenza aufgebrochen, nachdem sie dort den Belagerungszustand proklamirt; sie scheinen sich auf dem linken Ufer des Po zu konzentriren. General Bonat ist gestern zu Susa am Schlagschlag gestorben.

Rußland und Polen.

Petersburg, 24. April. [Graf Karoly; die russische Vermittelung.] Graf Karoly ist in besonderer Mission hier angekommen. — Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht die Antwort des Fürsten Gortschakoff auf die österreichische Annahme der russischen Kongressproposition. Der Ton ist sehr wenig freundlich gegen Oesterreich, und der Inhalt zeigt, wie sehr die Anschuldigungen beider Kabinette auseinandergehen. Bald hinter der Depesche (deren Veröffentlichung mit den ersten Nachrichten einer ersten Wendung zusammenfällt) theilt das Journal einen an den Nord gerichteten Brief mit, in dem ein Russe dagegen protestirt, daß ein russischer Staatsmann gelagt, Rußland werde Oesterreich durch seinen Edelmuth beschämen. (Schl. 3.)

Von der russischen Grenze, 2. Mai. [Die Rüstungen.] Die von einigen deutschen Zeitungen gebrachte Nachricht von umfassenden Kriegsrüstungen in Rußland entbehrt bis jetzt noch der Begründung und ist mindestens als verfrüht zu betrachten. Die gesammte russische Armee befindet sich noch vorwiegend auf dem Friedensfuß, und es sind noch keine Anzeichen vorhanden, welche auf die Absicht der Einberufung der Rekruten und einer neuen, schon seit drei Jahren wieder in Rußland, noch im Königreich Polen stattgehabten Rekrutenausbildung hindeuten. Jedes Infanteriekorps, zu dem 3 Divisionen Infanterie, 3 Brigaden Kavallerie und 3 Brigaden Artillerie gehören, und das auf dem Kriegsfuß 66,000 Mann zählt, besteht noch immer bloß aus höchstens 30,000 Mann. Ueber die nächsten Dispositionen, die mit den im Königreich Polen und in den westlichen Gubernien schon seit dem Herbst v. J. dislozirten Armeekorps getroffen sind, kann ich folgende zuverlässige Mittheilung machen. Die beiden Korps der ersten Armee, die ihr Hauptquartier in Warschau und ihre Standquartiere theils im Königreich Polen auf dem rechten Weichselufer, theils in Lithauen haben, haben die Ordre erhalten, in der Art vorzurücken, daß sie auf das linke Ufer der Weichsel übergehen, ihre Standquartiere mehr zusammenziehen und längs der preussischen Grenze in Masowien und in den Kreisen Kalisch und Sandomir eine beobachtende Stellung einnehmen. Dies ist das erste Observationskorps, das für das Königreich Polen bestimmt ist; es sind aber bis jetzt noch keine Anordnungen getroffen, um die zu denselben gehörigen Regimenter auf den Kriegsfuß zu stellen. Die beiden anderen, in Wolhynien, Podolien und den weiteren Gubernien dislozirten Armeekorps haben ebenfalls bereits eine langsame konzentrirende Bewegung, auf Luch in Wolhynien und auf Kamieniec in Podolien zu, begonnen. Dieselben sind mit dem dritten, bei Kiew in Bessarabien konzentrierten Armeekorps dazu bestimmt, die zweite Observationsarmee zu bilden. Aber auch diese befindet sich noch auf vollständigem Friedensfuß.

Dänemark.

Kopenhagen, 30. April. [Die Presse zur Situation.] Die Organe der national-dänischen und der skandinavisch-europäischen Politik, „Dagbladet“ und „Fædrelandet“, fordern in ihren neuesten Nummern die Abschließung eines Schutzes und Trugbündnisses zwischen den drei skandinavischen Reichen. Beide begreifen die ungünstige geographische Lage Dänemarks sowohl in einem Sees als in einem Landkriege unter den Großmächten; allein Herr Bille scheint in seinem „Dagbladet“ in höchstem Grade gedankenlos zu sein, wenn er der dänischen Regierung die Verweigerung des holsteinischen Bundeskontingents einerseits anräth, weil Dänemark im entgegengelegten Falle das Missfallen Frankreichs erregen möchte, da die holsteinischen Truppen von dänischen Offizieren kommandirt werden, andererseits dahingegen und namentlich deshalb, weil Preußen sich im Falle der unbefestigten Stellung Holsteins (interessante Schlussfolgerung der Theorien des kriegslustigen dänischen Obersten Johannes Harbou in Altona) der Elbmündung bemächtigen und wenigstens das Herzogthum Holstein erbeuten würde, was nur durch die Zurückhaltung der eigenen Landesoldaten zu verhindern sei. Freilich hat Herr Bille sich anderer Worte bedient, allein der Sinn des Dagbladischen Artikels bleibt derselbe. (R. 3.)

[Englische Station auf Gotthard.] Schwedische Blätter sprechen von englischen Vorläufen an das schwedisch-norwegische Küsten, die vor Kurzem in Stockholm eingetroffen sind und verschiedene Maßregeln zum Zwecke haben sollen, welche auf gewissen Plätzen der Insel Gotthard erforderlich sein würden, falls die englische Flotte einer Station in der Ditsje bedürfte. (A.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 26. April. [Ein baptistischer Soldat; sardinischer Aufruf.] Der Soldat, (ein Gemeiner des Dahlgrens regiments), welcher wegen Uebertretung zum Baptismus kürzlich vor das Kriegsgericht gestellt wurde, ist so eben freigesprochen worden. Das königliche Gesundheits-Kollegium hatte nämlich erklärt, daß er sich im Zustand einer hohen Exaltation befinde, um ihn für seinen Schritt verantwortlich zu machen. Doch wird er wahrscheinlich in ein Irrenhaus gebracht werden. — Ein sardinischer Unterthan, Francesco Cetti, bittet in hiesigen Zeitungen um Beiträge für die Sache seines Vaterlandes.

Christiania, 24. April. [Witterung; Amalgamationen-Projekte; der Prinz-Regent; Störthings-Wahlen; literarisches.] Wir haben einen ganz sonderbaren Winter gehabt, und an einen ähnlichen wird sich hier wohl Niemand erinnern: gar keinen Schnee, Sturm von Südost, Süd und Südwest und Regen; kurz gerade wie in den Heringsdistrikten auf der Westküste zwischen Stavanger und Bergen. Alles deutete darauf hin, daß der Frühling sehr früh eintreten würde. Am 16. Februar war die Lerche schon da, am 13. März stand der Haselstrauch in voller Blüthe, am 21. März fand sich Tussilago farfara, und am 23. Hepatica triloba blühend, ebenso Motacilla alba und Crocus vernus, sowie Galanthus nivalis; allein seit dem letzten März bis heute haben wir den Winter nachbekommen, es fiel über einen Fuß Schnee, und der Thermometer des Nachts bis auf 11 Grad N. Ralte. Dennoch ist die Schifffahrt den ganzen Winter bis heute im Gange gewesen, auch etwas Unerhörtes im südlichen Norwegen. — So verworren die Witterungs-, so verworren sind unsere politischen Verhältnisse. Wie man bei uns zu Lande allgemein glaubt, hat sich der Prinz-Regent in den Kopf gesetzt, eine vollständige Amalgamation der beiden skandinavischen Völker zu Stande zu bringen. Diese Vorname scheint sich aber nicht auf eine gründliche Kenntniß unseres Volkes zu stützen: in dieser Beziehung sind die Normänner sehr empfindlich, und sobald man die feinste Andeutung der Art bemerkt, stehen alle wie ein Mann. Die unbeschränkte Druckfreiheit läßt die Zeitungen sagen, was sie wollen, und es werden daher durch die Zeitungen die richtigen und volkshümlichen Ansichten stets binnen wenigen Tagen über das ganze Land verbreitet. — Der König von Schweden ist sehr krank, und erfahrene Aerzte setzen sein Leben nicht auf drei Monate, vielleicht kaum auf so viel Wochen. Die Folgen des voraussetzlichen Todesfalles dürfen keine erfreulichen sein. Der Prinz-Regent zeigt eine ausschließliche Vorliebe für das Militär, und mit nichts könnte er sich in Norwegen unpopulärer machen, als damit. — Da gegenwärtig die Wahlen für den im Oktober d. J. zusammen tretenden Störthing das ganze Land beschäftigen, so läßt sich nicht läugnen, daß die Furcht vor dem kommenden die Wahlen beeinflusst, und ist daher nicht abzulehnen, was gesehen dürfte, wenn später die schwedischen Amalgamationsideen u. die denselben schnurstracks entgegenstehenden Störthingansichten auf einander plagen. — Erfreulicher ist der Blick auf die friedliche Entwicklung unseres Landes, woran die Presse den größten Antheil hat. Eine neue Monatschrift landwirtschaftlichen Inhalts, der „Geboitod“ genannt, begann im Januar d. J. mit 900 Abonnenten, und gegenwärtig zählt sie deren schon 1900. Von dem „Gartenbuche für das Volk“ sind innerhalb drei Jahren in zwei Auflagen 11,000 Exemplare abgesetzt worden, und soeben ist die dritte Auflage von 10,000 Exemplaren fertig geworden. In gleicher Weise mehrt sich der Zeitungsabsatz fortwährend, und selbst in den fernsten Lappmarken. (Br. 3.)

Göthenburg, 27. April. [Feuersbrunst.] Gestern traf hier per Telegraph die Nachricht aus Uddevalla ein, daß ein großer Theil dieser Stadt, sechs der schönsten Quartiere, zusammen 52 Häuser, in voriger Nacht abgebrannt ist. Das Feuer brach in der Nacht vom 25. auf den 26. d. gegen 1 Uhr aus, und erst gestern um 9 Uhr Vormittags konnte den Flammen Einhalt gethan werden. In dem mitabgebrannten Kornmagazin verbrannten 12,000 Bunde Baumwollengarn und eine Partie Baumwolle, zusammen für 100,000 Thlr. Reichsmünze bei der „Skandia“ und für 75,000 Thlr. Rm. bei der „Providentia“ versichert.

Türkei.

Belgrad, 25. April. [Aufregung.] Infolge einer ausgestreuten Lüge, daß die Serben heute die Festung stürmen wollten, geschahen in derselben Vorbereitungen. Vorgefunden wurden auf die der Stadt zugewendete Warte große Kanonen, Paixhans und Kugeln gebracht u. Alles steht kriegsbereit. Wie wir vernehmen, wird die serbische Regierung gegen solche Anfeindungen feierlichst protestiren. — Gestern begrüßte der Fürst den Redakteur der „Erbsle Nowine“ mit dem Titel eines Kapitäns. (P. U.)

Asien.

Kalkutta, 22. März. [Der Krieg in Indien.] Die neuesten dem Ostindischen Bureau zugegangenen amtlichen Telegramme, welche unsere aus der „Times“ entlehnten Notizen ergänzen, lauten: Auch. Seit meiner (des Sekretärs der ostindischen Regierung) letzten Botchaft sind die Rebellen unter der Begum und Nam Singh wieder über den Fluß Gumbuk gegangen, und in westlicher Richtung durch das Terai von Nepal weiter gezogen. Am 16. März rückten 200 Rebellen, vermuthlich ein vorgehobener

Hausen, in das Gebiet Tulpore ein. Der Haupthaufen mit den Ghes sollte in Butwal, ungefähr 25 Miles ostwärts von der Grenze von Tulpore, stehen. Man schätzt sie ungefähr auf 5000, einschließlich Weiber und Kinder. Brigadier Kelly sollte am 18. in Lotun, 36 Miles von Butwal, sein. Die Provinz Auch ist fortwährend ruhig; die Entwaffnung des Landes und die Zerstörung der Forts haben befriedigenden Fortgang. — Central-Indien und Rajputana. Von Schandirih ist die Nachricht eingegangen, daß der Rao Sahib mit 2000 Reitern am 13. d. M. in dem Bezirk Schandirih eingetroffen ist. Es sind Anstalten getroffen, ihn zu verfolgen. Es sind Gröfnungen wegen Unterwerfung sowohl von dem Rao als Prinz Schah eingegangen, die beide begierig sein sollen, sich zu ergeben. Lantia Lopi durchzog nach den letzten Berichten unter dem angenommenen Namen Rao Singh die Dschungel von Schambal. — Nivah und Bendelkand. Am 4. März griff Brigadier Fordice (?) die Rebellen unter Jurozua Ali und Runmuff Singh an; ihrer 102 wurden getödtet und die Regimentsfahne des 30. bengalischen Infanterie-Regiments nebst 70 Musketen und Büchsen und vielen Nachschloßflinten und Säbeln erbeutet. Auf unserer Seite wurden drei Sikhs getödtet und 1 Offizier nebst 16 Soldaten verwundet. Nach dieser Niederlage ging Runmuff Singh mit dem Reste seines Hausens über die Hügelkette von Kishnore und stand am 19. März 30 Miles westlich von Sin Grantih im Bezirk Mirzapore.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 3. Mai. In der heutigen (18.) Sitzung des Herrenhauses machte der Kriegsminister dieselbe Mittheilung, wie gestern im Hause der Abgeordneten. — Der Finanzminister gab über den günstigen Rechnungsabluß des Vorjahres (ein Ueberschuß von fast 5 1/2 Millionen) dieselben Gröfnungen, wie bereits vor Ditem im Hause der Abgeordneten; die Ankündigung, daß 1,108,000 Thlr. sofort zum Staatschatz abgeführt werden sollen, nahm das Haus mit Beifall auf. — Die Vorlage wegen der Zehn-Millionen-Anleihe für Eisenbahngewerke wurde auf Wunsch der Regierung von der Tagesordnung entfernt. — Der Gesetzentwurf wegen Ueberrahme der Zinsgarantie für die Prioritätsanleihe der Rhein-Nahe-Bahn veranlaßte eine längere Debatte, bei der Graf v. d. Gröben, Graf Zepplig, v. Senft u. A. gegen die Vorlage, die Minister des Handels und der Finanzen, die Herren Krausnick, Stupp und der Berichterstatter v. Kleist-Regow für dieselbe sprachen. Der §. 1 wurde bei namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Der Handelsminister erklärte darauf, die Regierung lege auf Fortsetzung der Beratung keinen Werth.

[Petitionsbericht.] Die Budget-Kommission des Herrenhauses hat ihren zweiten Bericht erstattet. Zur eingehenden Erörterung sind dabei gekommen: die Abschaffung des Brief-Bestellgeldes, die Frage der Verminderung der Ober-Postdirektionen, wobei die Kommission nach längerer Diskussion mit 10 gegen 7 Stimmen ausdrücklich hervorgehoben beschlossen hat, „daß sie nach reiflicher Erwägung der Sache keinen Anlaß gefunden habe, in der beregten Beziehung einen Antrag zu stellen“; die Vortrefflichkeit der landwirtschaftlichen Vereine; die Kommission beantragt einstimmig, „der Regierung zur Erwägung zu geben, ob nicht durch Bewilligung der den landwirtschaftlichen Vereinen entzogenen Vortrefflichkeit der Landwirtschaft ein größerer Nutzen zu verschaffen sei, als die Einnahme für die Postverwaltung gewähre“; die Gewährung von Staatsdarlehen für Meliorationen; die Kommission beantragt einstimmig, „die Erwartung auszusprechen, daß in Bezug auf die Gewährung von Staatsdarlehen an Meliorations-Vereine, insofern sie nicht aus dem Dispositionsfonds des landwirtschaftlichen Ministeriums bestritten werden können, in jedem einzelnen Falle eine besondere Geheesvorlage gemacht werde; endlich die ungünstigen Resultate des Friedrich-Wilhelms-Gesetzes, wobei die Kommission einstimmig beantragt, „die Regierung zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob es bei der ungünstigen Vortrefflichkeit des Friedrich-Wilhelms-Gesetzes nicht rathsam sei, dasselbe aufzulösen und dagegen die Zucht in den Hauptgestüthen zu Ertrahen und Gradig entsprechend zu erweitern.“

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 2. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nach der bereits erwähnten Mittheilung des Kriegsministers der Gesetzentwurf über das eheliche Güterrecht in Beständen angenommen; es folgte die Erledigung mehrerer Petitionsberichte. Abg. Samter in Berlin beantragt Abänderung des Judenrechts; die Kommission schlägt Tagesordnung vor. Abg. Ziegler befürwortet die Petition. Er wisse aus seiner richterlichen Praxis, daß Juden sich nur schwer zum Schwören entschließen, und es sei ihm öfter vorgekommen, daß Juden ihm erklärt hätten, sie fühlen sich durch die vorgeschriebenen Eidesformen in ihrem Gewissen verletzt. Abg. Dr. Veit: die Kommission habe keineswegs die Wichtigkeit des Gegenstandes verkannt. Petent habe aber seinen Antrag in so flüchtiger Weise gestellt und so wenig Material zur Begründung desselben beigebracht, daß die Kommission nur deshalb die Tagesordnung beantrage. Aus seiner eigenen Kenntniß könne er mittheilen, daß von sämtlichen jüdischen Gemeinden des Landes ein wohlgegründeter, mit theologischer Gelehrsamkeit wohl ausgestatteter Antrag zur Abänderung des Judenrechts an die Regierung vorbereitet werde. Der Antrag der Kommission wird angenommen. — Den letzten Petitionsbericht, der voraussichtlich zu längeren Verhandlungen Anlaß geben wird, behält Präsident, Graf Schwerin, für die nächste Sitzung vor. In dem der Präsident für diese nächste Sitzung die Tagesordnung festsetzt, bemerkt er: „es wird wohl nicht lange mehr unseres Bleibens hier sein; wenn wir die uns heute in Aussicht gestellte Vorlage der Regierung (über auswärtige Politik) erledigt haben werden, wird unsere Arbeit voraussichtlich zu Ende sein; ich werde daher bei der Auswahl für die Tagesordnung zu verfahren, daß ich das nehme, dessen Erledigung mir ein Interesse zu haben scheint. Ich bitte, daß die Herren, welche noch lesondere Wünsche haben, mir dieselben mittheilen.“ — Der Bericht der Finanzkommission über die Grundsteuerentwürfe wird heute oder morgen verlesen und festgestellt. Nach der abschließlichen Gröfnung des Grafen Schwerin kommt derselbe im Plenum nicht mehr zur Verabreichung.

[Petitionsbericht.] In dem sechsten Petitionsbericht der Kommission für das Unterrichtswesen kommen zunächst zwei Petitionen zur Erörterung, welche Abänderung der von dem Minister v. Kaumer in dem am 3. Oktober 1854 über den Unterricht in der evang. Elementarschule, insonderheit über den Religionsunterricht, publizirten Regulativ erlassenen Vorschriften beantragen. Die erste rührt von dem Lehrer Mann in Heiligenbeil, die zweite von 45 bauerlichen und klösterlichen kleinen Grundbesitzern des Kreises Preußisch-Holland her. Beide Petitionen werfen dem Regulativ vor, daß es den Religionsunterricht zu sehr auf mechanisches Auswendiglernen beschränke und überhaupt denselben vor den übrigen Unterrichtsgegenständen zu sehr bevorzuge. Nach Anhörung des wesentlichen Inhalts derselben hielt es die Kommission für angemessen, die Beurtheilung derselben zu vertagen, damit die einzelnen Mitglieder Veranlassung nähmen, sich mit dem Regulativ vom 3. Oktober 1854 näher bekannt zu machen, indem sie zugleich einem ihrer Mitglieder den Auftrag erteilte, in einer nachfolgenden Sitzung darüber Vortrag zu halten. Der beauftragte Referent kam bei seinem Vortrage zu dem Schlusse: Das Regulativ vom 3. Oktober 1854 trage in Folge des Uebermaßes von religiösem Memoristoff den praktischen Bedürfnissen des Lebens, denen sich alle Wissenschaften zuwenden angefangen haben, nicht die ihnen gebührende Rechnung. Das Wohl der Volksschule erheische es dringend, bei der Staatsregierung den Antrag auf Abhülfe so großer Mängel und Gebrechen zu stellen, und das Bedürfnis einer eingehenden Revision der Regulative überhaupt auszusprechen. Nach dem Vortrage äußerte sich der Regierungskommissarius, Geh. Oberregierungsrat Schief, folgendermaßen: Die ungünstigen Erfahrungen, welche die Petenten an ihren Kindern gemacht zu haben behaupten, müssen, wenigstens zum Theil, auf die Zeit vor Erlass der Regulative zurückgeführt werden. Die Regulative fordern von den Schulen nicht weniger, sondern mehr, als der preussische Provinzial-Landtag beantragt hat. Die Elementarschule ist keine Fachschule, eignet sich daher nicht zur Aufnahme landwirtschaftlichen Unterrichts. Geographie, vaterländische Geschichte, Naturkunde, sind in den Regulativen als Lehrgegenstände aufgeführt, die in zweckmäßiger Weise an die inzwischen erschienenen Lehrbücher angeknüpft werden können. Solches sei auf den einen Antrag der bauerlichen Gutsbesitzer zu erwidern. Ueberall werde in den Regulativen lebendige Anregung der biblischen Geschichte verlangt, todes Auswendiglernen abgewiesen. Der Heidelberger Katechismus existire als Lehrbuch in den reformirten Schulen, und die Staatsbehörde habe nicht das Recht, darin eine Aenderung zu treffen.

Beiden evangelischen Konfessionen sei Bibel und Lied gemeinsam, und dadurch eine religiöse Einheit angebahnt. Spruchbücher mit Uebersätze kämen nicht zur Anwendung. Grundlag der Regulative sei, das eingeführte Gesangbuch werde, wo sein Inhalt dem kirchlich, evangelischen Glauben und Leben entspreche, beibehalten, nur gänzlich veraltete und verflachte Lieder müßten auch aus der Schule verbannt werden; übrigens fänden bereits zwischen dem Unterrichtsministerium und Oberkirchenrath Verhandlungen statt, um eine dem Bedürfnis der Schulen entsprechende Ausgabe von 80 Liedern zu bewirken. Nach diesen Bemerkungen theilte der Regierungskommissar der Kommission ein Schreiben des Unterrichtsministers an die Regierung in Königsberg mit, welches von derselben in Bezug auf die beiden in Rede stehenden Petitionen einen eingehenden Bericht verlangt, indem der Kommissar beauftragt, daß, da die vorliegende Angelegenheit in solcher Weise, wie ihr gebühre, als Verwaltungsgegenstand behandelt werde, nach seiner Ansicht über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen sei, um so mehr, als die Kompetenz der Kommission in dieser Angelegenheit bestritten werden müsse. In Bezug auf das letztere Wort erhob sich nun in der Kommission eine ausgedehnte Debatte über die angeregte Kompetenzfrage, die hauptsächlich durch die Erwägung, daß die Petenten Prinzipienfragen in Anregung brächten, und Abhilfe von ganz allgemein geltenden Vorschriften verlangten, dahin entschieden wurde, daß die Kommission nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, auf die Sache näher einzugehen, weshalb beschlossen wurde, dazu, mit Rücksicht auf die oben mitgetheilten Ansichten des Referenten vorzuschreiten. Zunächst legt ein Mitglied das Gutachten „eines urtheilsfähigen Mannes“ vor, welches zwar anerkennt, daß des vorgeschriebenen Memoristoffes sehr viel sei, übrigens aber die Bestimmungen der Regulative als zweckmäßig darstellt, die freilich oft zweckwidrig ausgeführt werden möchten. Ein andres Mitglied theilt über die Möglichkeit der Behandlung der biblischen Geschichte ohne Ueberladung mit Memoristoff günstige Erfahrungen mit. Der Regierungskommissar bestätigt dieselben durch die Einwilligung auf die Berliner Schulen, deren Leistungen sich nach Erlass der Regulative bedeutend gehoben hätten. Es käme dabei auf den Grad und die Art der Bildung der Lehrer an; die Lehrer aus der Disterwegischen Schule z. B. würden sich zum Religions-Unterricht nach den Vorschriften der Regulative weniger eignen, als die Lehrer aus anderen Schulen. Auffallen müsse es auch, daß die Klagen, welche die Petenten führen, noch bis dahin von keiner Seite her an das Ministerium gebracht seien, während es feststehe, daß die Berichte der Behörden sich über die Erfolge der Regulative äußerst günstig äußerten. Diesen Äußerungen wird jedoch in der Kommission widersprochen. Der Regierungskommissar theilt hierauf der Kommission ein durch ihn von einem „fach- und sachkundigen Pädagogen“ eingeholtes Gutachten über die von dem Referenten über die Folgen der Regulative aufgestellten Behauptungen mit, des Inhalts, daß denselben nicht zuzustimmen sei, indem es einem geistig begabten Lehrer nicht nur möglich sei, den Bestimmungen des Regulativs gemäß zu verfahren, ohne Kindern die geistige Frische zu rauben und andere Unterrichtsgegenstände ungebührlich zu beschränken, sondern daß darüber auch bereits befriedigende Erfahrungen vorlägen. Der Regierungskommissar erhob auch Einspruch gegen die Äußerung, daß den Berichten der Behörden unbedingte Glaubwürdigkeit nicht beizumessen sei, suchte dann die Stellung des Unterrichtsministers zum Oberkirchenrath in's Licht zu stellen, und bemerkte, daß letzterer die Vorschriften des Unterrichtsministers über den Schulreligionsunterricht und die in denselben zu gebrauchenden Lehrbücher gebilligt habe. Derselbe bemerkte wiederholt, daß die vorliegenden Klagen nicht in den Regulativen selbst begründet wären, sondern nur durch eine fehlerhafte Ausführung verursacht sein könnten. Ueberall sei in den Vorschriften der Regulative den faktisch bestehenden Verhältnissen Rechnung getragen. Uebrigens werde der jetzige Kultusminister keinen Anstand nehmen, die über den Religionsunterricht vorgebrachten Klagen und die ihnen etwa zu Grunde liegenden Thatsachen zu untersuchen. Es scheint ihm daher der Sache entsprechend, dem hohen Hause den Antrag zu stellen, die Petition der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Nach den durch vier Sitzungen fortgesetzten Diskussionen wurde der Vorschlag: „Die Kommission anerkennt, ohne weitere Folgerung, die Thatsache, daß erst nach dem Erlass des Regulativs vom 3. Oktober 1854 aller Orten die Klagen über den zu großen Memoristoff für den Religionsunterricht laut geworden sind, und überweist die Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung“, durch 7 Stimmen gegen 5 abgelehnt; dagegen der Vorschlag: „Die Kommission beantragt bei dem hohen Hause, die Petitionen der Staatsregierung zu überweisen und dabei die Erwartung auszusprechen, daß dieselbe die seit Erlass des Regulativs vom 3. Oktober 1854 im Lande vielfach hervorgetretenen Klagen über die Ueberlastung der Elementarschulen mit zu viel religiösem Memoristoff in Erwägung ziehen und das Geeignete zur Hebung dieser Klagen veranlassen werde“, mit einer Mehrheit von 7 gegen 5 Stimmen angenommen. Unter den übrigen Petitionen befinden sich mehrere, welche die Befreiung der Elementarlehrer drückenden Uebelstände, namentlich des zu geringen Gehalts, beantragen. Die Kommission schlägt bezüglich derselben Uebergang zur Tagesordnung vor, da die beregten Uebelstände bei dem in Aussicht stehenden Unterrichtsgeetze ihre Erledigung finden würden. Die übrigen Petitionen sind nicht von allgemeinem Interesse.

Militärzeitung.

Preußen. [Kriegsvorbereitungen.] Der schon lange vorbereitete Antrag auf Bewilligung einer Kriegaanleihe von 50 Millionen ist von der Regierung nunmehr am Landtage eingebracht worden. Preußen wird damit, in der neuesten Eisenbahnanleihe von 10,900,000 Thlrn. und der Ueberschüsse aus den Jahren 1857/58 von zusammen nahe an 15 Millionen, welche beide Posten ebenfalls zu Kriegszwecken in Anspruch genommen werden können, 75 Millionen in der Kriegaanleihe und 237,000 Mann kriegstüchtiger Truppen unter dem Gewehr besitzen, hinter welchen letzteren sich beilaufig noch über 300,000 Landwehren und Ersatztruppen befinden (die gesammte preussische Kriegsmacht ist auf dem Kriegsfuß, erst des Trains, Fußwesens u. c. in den authentischen Listen mit 541,108 Mann angegeben). Es bedarf nach diesen reichhaltigen Vorbereitungen übrigens keiner besonderen Erklärungen mehr, daß sich in der diplomatischen Sphäre in den letzten Tagen gewaltige Veränderungen zugetragen haben müssen; denn für die Bundeskriegsbereitschaft, zu welcher Preußen nach dem höchsten Ansatze nur 119,978 Mann zu stellen hat, sind die getroffenen Vorbereitungen viel zu groß, und sie können sich deshalb nur aus einer europäischen Verwicklung erklären. Aller Wahrscheinlichkeit nach muß Rußland hierbei sehr ins Auge gefaßt werden, was Dänemark dagegen angeht, so ist mir von guter Seite versichert worden, daß dieser Staat sich zwar bereit erklärt hat, sein Bundeskontingent für Holstein und Lauenburg mit 3400 Mann zum 10. deutschen Armeekorps stoßen zu lassen, daß er jedoch, im Hinweil auf seine eigenen inneren Verhältnisse, hierzu nicht die jetzt zum großen Theil in Sittland und theilweise sogar in Kopenhagen in Garnison stehenden nationalen deutschen Truppen jener Provinzen, sondern dänische Abtheilungen verwenden zu können beansprucht. Nach dieser Richtung möchten vielleicht die französisch-russischen Interessen zuerst getroffen werden, doch ist das vorläufig allerdings nicht mehr, als eine Vermuthung. Die von der „N. Pr. Z.“ zuerst gebrachte Nachricht, daß zwischen Preußen und Bayern ein geheimer Vertrag bestünde, wonach der letztere Staat den nicht durch die Bundesarmee in Anspruch genommenen Ueberschuß seiner Armee dem ersteren zur unbedingten Verfügung stelle, kann nach Allem, was man darüber vernimmt, kaum noch einem Zweifel unterliegen. Auch von Darmstadt und Nassau wird Ähnliches behauptet, und somit hätten denn diesmal die süddeutschen Staaten eine Initiative ergriffen, durch welche in letzter Instanz Preußen und Deutschland, wofür sie nicht eine tiefe Kluft zwischen Nord- und Süddeutschland aufreissen wollen, ganz unzweifelhaft mit in den Krieg gegen Frankreich hineingezogen werden müssen. Noch geht die Sage, daß von Preußen, welches sich auf geheimen Wegen Abschriften von dem Geheimvertrage zwischen Frankreich und Sardinen, und auch sonst noch ähnliche andere Schriftstücke über weitere französische Verhandlungen mit auswärtigen Staaten zu verschaffen gewußt hat, diese Enthüllungen bei den europäischen Kabinetten bereits in Umlauf gesetzt worden sind, und will man wissen, daß die Veröffentlichung dieser wichtigen Schriftstücke für späterhin bevorstehe. Die Befestigung dieses Gerüchts muß allerdings abgewartet werden. — Wie sehr auch während des seitherigen langen Friedens die preussische Armee bewußt gewesen ist, alle bewährten neuen Kriegseinrichtungen sich anzueignen, bemerkt beilaufig zum Besten, daß sich bei den bereits in Kriegsbereitschaft getretenen Truppen auch zwei Feldtelegraphen-Abtheilungen, jede mit 7 Meilen Leitung, befinden. Die Zahl der für eine Mobilmachung der gesammten preussischen Armee erforderlichen Pferde wird auf 101,500 angegeben, worunter sich gegen 53,000 Reitpferde befinden.

Provinzielles.

5 Bromberg, 2. Mai. [Getreidepreise; Patriotismus; Konzerte; Verschiedenes.] Im Laufe des verfloffenen Monats sind hier die Preise für Weizen, Roggen und Hafer nicht unerheblich gestiegen, weil bei

sonders für Stettin und Berlin gekauft wird. Weizen gilt jetzt hier pro Wispel 70—75 Thlr. (im März 60—67 Thlr.), Roggen 40—45 Thlr. (im März 36 bis 40 Thlr.), Hafer 30—32 Thlr., große Gerste 36—40 Thlr., kleine Gerste 33—36 Thlr., Erbsen 70—75 Thlr. Die Zufuhr ist bei reger Kaufkraft nach wie vor unbedeutend. Zu Wasser geht viel Getreide aus Polen hier durch nach Berlin oder Stettin. Die Saaten der Umgegend stehen überall gut; auch Rüben und Raps haben nicht gelitten. — Im Allgemeinen hat hier der Befehl zur Kriegsbereitschaft einen freudigen Eindruck hervorgerufen, und jeder Waffenfähige wünscht für Preußens Ehre und Preußens Ehre zu kämpfen. Was dafür nachstehende kleine Erzählung erzählt werden: Einem hiesigen Bezirksfeldwebel meldet sich gestern ein Mann in den vierziger Jahren und sagt, er habe gehört, es werde mobil gemacht. Nun wolle er fragen, ob man ihn, der leider schon zum zweiten Aufgebot der Landwehr gehöre, nicht noch im ersten Aufgebot behalten könne? Er müsse, obgleich er Frau und Kinder habe, mit, besonders wenns gegen die Franzosen ginge. Der Feldwebel tröstete den Mann, daß, wenn die Landwehr eingezogen werden sollte, sein Wunsch wohl auch Berücksichtigung finden würde. — Von jetzt ab werden von der Prahlischen Kapelle wieder Symphonie-Konzerte arrangirt. Das nächste findet schon am Freitag statt, und sollen schon über 400 Billets verkauft sein. Zum Schluß des vorgestrigen Abendkonzerts im Payer'schen Stabliement spielte die Kapelle in richtiger Würdigung der hiesigen Stimmung das Preußentlied. Dasselbe erregte in der zahlreichen Gesellschaft einen nicht enden wollenden Jubel und Enthusiasmus. — Die Aufnahme von Schülerinnen bei Beginn dieses Semesters ist für unsere städtische höhere Mädchenschule sehr stark gewesen; wie ich höre, beläuft sich die Zahl der neu Hinzugekommenen auf ca. 60. Die Schule mit ihren 8 Klassen (inkl. der Selecta) enthält etwa 400 Schülerinnen. — Gegenwärtig passiert die Schleusen hier sehr viel Holz aus polnischen und russischen Wäldern, das nach Berlin u. s. w. gebracht wird. Durchschnittlich beläuft sich die Zahl der zu verschleppenden Triften auf täglich 100.

Bromberg, 26. April. [Bevölkerungsstatistik.] Im Regierungsbezirk Bromberg sind im verflossenen Jahre geboren beim Civil in den Städten 4949, auf dem Lande 18,257, beim Militär 127, zusammen 23,333 Kinder. Im Jahre 1857 wurden geboren inkl. Militär 22,941; mithin im Jahre 1858 mehr 392. An Mehrgeburten sind darunter 307 Zwillings- und 1 Drillingsgeburten. Nach den Glaubensbekenntnissen vertheilen sich die Geburten folgendermaßen: Kinder evangelischer Väter beim Civil 9214, beim Militär 71; Kinder katholischer Väter beim Civil 13,173, beim Militär 56; Kinder jüdischer Väter nur beim Civil 819. Es sind getraut worden beim Civil in den Städten 1059, auf dem platten Lande 4104, beim Militär 46, zusammen 5209 Personen. Im Jahre 1857 wurden getraut 5018, mithin im Jahre 1858 mehr 191. Es sind gestorben beim Civil in den Städten 3530, auf dem platten Lande 13,164, beim Militär 114, zusammen 16,808 Personen. Im Jahre 1857 sind gestorben 17,222, mithin im Jahre 1858 weniger 414. Unter den Gestorbenen befinden sich 215 Personen beim Civil, 2 Personen beim Militär, welche über 80, 87 Personen beim Civil, welche über 85, 63 Personen beim Civil, welche über 90 Jahre alt wurden. Das Leben verloren durch Selbstmord beim Civil 26, beim Militär 4, worunter 6 Personen weiblichen Geschlechts sind; durch allerlei Unglücksfälle beim Civil 214, beim Militär 1; im Kindbette beim Civil 248, beim Militär 2. Im Jahre 1858 sind überhaupt geboren 23,333, gestorben 16,808, also mehr geboren als gestorben 6525 Personen.

Entgegnung

zur Steuer der Wahrheit und zur Verhütung der Verdunkelung der Unternehmung gegen „einzelne bestimmte Beamte“ wegen der von mir in meiner Interpellation zur Sprache gebrachten Provocation durch Verbreitung einer aufrührerischen, gegen den Kaiser von Rußland gerichteten Proclamation.

Die Posener Zeitung Nr. 98 enthält unter der Rubrik „Aus polnischen Zeitungen“ einen mich persönlich angreifenden Artikel. Es wird mir darin der Vorwurf gemacht, daß ich bei Begründung meiner oben erwähnten Interpellation im Hause der Abgeordneten die Unwahrheit gesprochen, indem ich gesagt hätte: „daß selbst dies die extremste Blatt der polnischen Emigration (nämlich der „Demokrata Polski“) seine vollkommene Unkenntnis des Ursprungs der vielbesprochenen revolutionären Proclamation an die Polen eingestanden und auf diese Weise dies revolutionäre Pamphlet desavouirt habe.“ Zur scheinbaren Begründung dieses Vorwurfs wird — mit der beleidigenden Insinuation, daß ich in der That glauben müsse, daß von den deutschen Mitgliedern des Hauses der Abgeordneten kein einziges den in London erscheinenden „Demokrata Polski“ liefe, sonst hätte ich wohl jene Behauptung nicht ausge-

sprochen“ — auf einen Artikel in der Nummer dieses Blattes vom 25. Juni 1858 Bezug genommen.

Dieser Artikel, den ich nur aus der Uebersetzung in der „Posener Zeitung“ kenne, spricht jedoch nur von dem Streben nach Vereinigung der verschiedenen polnischen Parteien und erwähnt einer dahin zielenden Kundgebung der polnischen Sozialisten; er berührt aber mit keinem Worte die Proclamation vom 23. Mai 1858. Der Korrespondenz-Artikel dagegen, den ich im Sinne gehabt habe und der ausdrücklich diese Proclamation bespricht, befindet sich in der Nummer des „Demokrata Polski“ vom 15. September 1858 und lautet in der betreffenden Stelle in deutscher Uebersetzung wörtlich:

„Zuerst im Monat Juli begann man sich bei uns von einer vom Auslande überlieferten Proclamation ins Ohr zu raunen, welche Viele angeblich aus London erhalten hätten. Später fingen solche Proclamationen immer zahlreicher an zu zirkuliren. Die Einen haben dieselbe, nachdem sie sie gelesen, als unnützes Papier bei Seite geworfen, weil sie sie für Stylübungen angesehen; Andere haben darin Gedanken gesucht und gefunden, welche das Blättchen nicht enthielt; Andere haben sie für eine List der preussischen Polizei gehalten, und um zu zeigen, daß diese List nicht gelungen, haben sie die Proclamationen der Polizei wieder zugeschickt. Wie wir hören, sind Mehrere sogar auf den Gedanken gekommen, diese Proclamation den russischen Behörden zu übersenden, und ein Handwerker, welcher in der Verschwörung von 1846 eine Rolle spielte, hat dabei die Bemerkung hinzugefügt: „Diese Proclamation, obgleich dem Scheine nach in London im Namen der Gesellschaft „Polnisches Volk Revolutionsgemeinde“ erlassen, ist jedoch von im Lande ganz unbekannten Personen, Abicht und Popowski, unterschrieben, und offenbar ein Werk der preussischen Beamten, denn ihr Streben geht ausschließlich dahin, zum Aufstande gegen die russische Regierung aufzuheben, indem sie die deutschen Regierungen ganz unerwähnt läßt, als wenn es den unter diesen lebenden Polen gut ginge.“ Es ist schwerlich das Klageführen bei den uns unterjochenden Regierungen zu loben; jede hässliche Angelegenheit, möge sie sein, welche sie wolle, muß am Familienherde abgemacht werden. Auch die allerwichtigsten Scheingründe rechtfertigen die Appellation an die Polizei in einer Sache nicht, in welcher der heilige Name des Vaterlandes genannt ist. Die „deutsche Posener“ und mit ihr die „Breslauer Zeitung“ haben Recht gehabt, sich damit breit zu machen, daß die unter der preussischen Regierung lebenden Polen fern von der Träumerei seien, sich der Regierung zu entledigen, wenn sie Proclamationen solchen Inhalts selbst der Polizei übergeben. Es war unmöglich, dies zu leugnen, und wir schweigen gedemüthigt durch die Unüberlegtheit einiger Personen, welche nicht aus Angst — denn es drohte ihnen nichts —, auch nicht aus Zuneigung zu den Deutschen — denn ihre Vaterlandsliebe ist bekannt —, sondern aus Mangel an einfacher Logik, die Konsequenzen zu berechnen, diesen Leichtsin begangen haben. Was hätte nun aber auch wirklich zwei Mitglieder der Gesellschaft „Polnisches Volk Revolutionsgemeinde“ zur Veröffentlichung jener Proclamation veranlassen können, die in einem so dogmatischen Tone abgefaßt ist, als wenn der Papst die ganze katholische Welt anredet. Denn es ist doch etwas Krankhaftes, daß 2 Menschen es wagten, zu 20 Millionen zu sprechen, als wenn alle Andern nicht wüßten, was Polen ist und was ihm noththut, und wie die Sonne der Erde, so auch ihr Verstand, ihre Energie und Bereitwilligkeit zur That dem Vaterlande als Leuchte dienen soll. Wir theilen diese Ansicht des geehrten Korrespondenten nicht. Das Recht der Ansprache der Individuen an die Gesamtheit ist eine der wichtigsten Bedingungen der Lebensfreiheit. Es ist die Berufung an das Urtheil der öffentlichen Meinung, eine vom Einzelnen der Gesamtheit gemachte Proposition, welche dieselbe annehmen kann, wenn sie gut, verwerfen, wenn sie schädlich und lächerlich ist. Man kann die Art der Ansprache rügen, wie dies der geehrte Korrespondent mit Recht gethan hat, aber nicht die Ansprache an und für sich. Wir sind damit sehr zufrieden, daß diese Rüge aus der Heimath gekommen ist. Denn gewiß, das Land muß alle Handlungen der Emigration sorgsam überwachen. Anmerk. d. Rd. des D. P.) Vielleicht existiren die Herren Abicht und Popowski

gar nicht, und es hat sich irgend Jemand unter diesen Namen einen so unzeitigen Wig erlaubt. Eine solche Proclamation, wie die, welche jene Namensunterschriften führt, wird höchstens nur am Vorabende eines Aufstandes veröffentlicht; es gehört also mehr als ein Blatt Papier und Dinte dazu. Ein solcher Spaß ist den Klippichülern, die Soldaten, Väter und Lehrer spielen, erlaubt, aber er darf den Schulhof nicht überschreiten.“

Das sind die Worte und das Urtheil des extremsten Blattes der polnischen Emigration, des „Demokrata polski“, über die als Provocation benutzte Proclamation. Abgesehen von anderen Gründen, habe ich daher auch mit Rücksicht auf diesen Artikel folgende, wörtlich in den stenographischen Berichten enthaltene Behauptung mit Recht aussprechen können. Diese Proclamation ist aber an und für sich schon verdächtig, weil sie von unbekannten mysteriösen Personen unterschrieben ist, von denen sogar in der Emigration, so weit meine Ermittlungen sich darüber erstrecken konnten, wenig oder nichts bekannt ist. Es sind obskure Namen, und es haben die Zeitschriften, sowohl die inländischen als die der Emigration, sogar das extremste Blatt derselben, der „Demokrata polski“, ihr Bestreben darüber ausgesprochen, wie zwei solche Männer sich unterstanden haben sollten, gleichsam die Sprache eines Papstes an die polnische Nation zu führen und mit solcher Entschiedenheit aufzutreten.“

Ich überlasse es hiernach dem öffentlichen Urtheil, ob nicht vielmehr der Verfasser jenes Artikels, der Interesse am Ausgange der Unternehmung haben muß, wenigstens bei Begründung meiner Interpellation von mir genannt worden ist, seinerseits von der Voransetzung ausgehend, daß die Deutschen den „Demokrata polski“ nicht lesen, durch Berufung auf denselben nicht nur die öffentliche Meinung irre leiten, sondern auch die Unternehmung verdunkeln wollte. Ich bin mir bei Begründung der Interpellation meiner Verantwortlichkeit wohl bewußt gewesen und habe nichts ausgesprochen, von dessen Wahrheit ich nicht Ueberzeugung hatte. Es wird dies der Ausgang der Unternehmung, so wie es in diesem Falle hier geschehen, in allen Punkten beweisen. Als neues Beispiel möge aber jener Artikel dienen, welche Mittel man anwendet, nicht nur um die öffentliche Meinung irre zu leiten, sondern auch die Ehre einzelner Polen zu kränken.

Posen, den 30. April 1859.

Dr. Wladyslaw v. Niegolewski.
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Angekommene Fremde.

Vom 4. Mai.

BAZAR. Artist Djeszypnaski aus Warchau, die Gutsbesitzer v. Bukowiecki aus Grunzig, v. Krasicki aus Karlsruhe, Jffland aus Marwitz und Frau Gutsbesitzer v. Koczorowska aus Dembno.
MYLIUS' HOTEL DE DRESE. Die Gutsbesitzer Graf Moltke aus Biele und Frommholdt aus Weissenrode, die Kaufleute Bielewski aus Trachenberg, Trantowski aus Berlin und Willmersdorffer aus Frankfurt a. M.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kadetten Gebrüder v. Treßlow aus Potsdam, die Rittergutsbesitzer v. Turno aus Obierze und v. Witte aus Polen und Reg. Kondukteur Regen aus Kofen.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Kojutski aus Barygowo und Delhas aus Swieczyn, Kaufmann Weiß aus Berlin und Handlungs-Reisender Krez aus Marne.
SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Stupski aus Michorzewo und Großmann aus Nowawies, Gutsbesitzer Dr. Puffe aus Miaszowo und Wirtlich, Kommissarius v. Dzierzanowski aus Glinno.
HOTEL DU NORD. Gutsbesitzer Anders aus Pawlowo und Rentier v. Skrzydlewski aus Djeszyno.
HOTEL DE PARIS. Professor Baricki aus Ostrowo, Gastwirth Paprzycki aus Wreschen, Bürger Lujczyński aus Wogrowitz, die Gutsbesitzer Serejowski aus Chotizewo, Klotkowski aus Pargowo und Frau Gutsbesitzer v. Suchorzewski aus Wogrowitz.
HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer v. Kojutski aus Barygowo, Probst Kojutski aus Gzacz, die Gutsb. Martini aus Chursdorf und Jansch aus Jodyn.
EICHBORN'S HOTEL. Konditor Pechold aus Wielichowo, die Kaufleute Glogowski aus Zarocin, Heymann aus Konin, Djeszypnaski aus Warchau und Kwinohn aus Wreschen.
GOLDENER ADLER. Ackerwirth Nowak aus Plawce, Partikulier Bärwald, Kürschner Kaufmann, die Kaufleute Unger und Kaplan aus Schroda und Friedmann aus Santomysl, Fräul. Schimschot aus Schroda und Fräul. Görtz aus Wogrowitz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Monats-Uebersicht

der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.

Activa.	
Raffen-Bestände:	
Geprägtes Geld	314,220 Thlr.
Koten der Preuß. Bank und	
Raffenanweisungen	8,030
Wechsel	970,310
Lombard-Bestände	549,130
Effekten	141,590
Grundstück und diverse For-	
derungen	66,750
Passiva.	
Eingezahltes Aktienkapital	1,000,000 Thlr.
Koten im Umlauf	927,100
Guthaben von Instituten und	
Privatpersonen	55,500
Verzinsliche Depositionen	
mit monatlicher Kündigung	18,500
2	28,300

Posen, den 30. April 1859.

Die Direction.

Nach der Ordre des königlichen General-Kommandos des V. Armee-Korps findet die Bestellung und Vertheilung der Pferde für die Linie und für die Landwehr am 5. d. M. auf dem Kanonenplatze, Vormittags 8 Uhr, statt. Die hiesigen Pferdebesitzer werden aufgefordert, ihre sämtlichen Pferde am genannten Tage vor unsern Deputirten, Stadtratsh. Tayler, bei Vermeidung von gesetzlichen Zwangsmaßnahmen und Bestrafung vorzuführen. Gleichzeitg bemerken wir, daß die designirten, aber nicht sofort abgenommenen Pferde von den Besitzern derselben, nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 29. April c., bei Vermeidung der Bestrafung nach §. 28 des Provinzialreglements für die Pferdeabhebung, anderweit nicht verkauft werden dürfen. Posen, den 4. Mai 1859.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Wreschen.

I. Abtheilung.
Das im Wreschener Kreise belegene adeliche Rittergut **Grzymyslawice**, abgetheilt auf 25,699 Thlr. 10 Sgr. 7 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Taxe, soll am **3. Oktober 1859 Vormittags 10 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden. Die dem Aufenthalte nach unbekannten Erben des Gutsbesitzers **Adam v. Moszczanski**, so wie die Erben des **Jodor Stern** und die des **Herrmann Wurst** werden hierzu öffentlich vorgeladen. Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Ansprüche bei uns zu melden. Wreschen, den 16. Januar 1859.

Freiwilliger Verkauf.

Das zum Nachlasse des Posthalters **Joseph Nisch** gehörige, in dem Dorfe **Alt-Boyn** in der Nähe des dortigen Bahnhofs unter Nr. 57 belegene, im Jahre 1858 auf 604 Thlr. 10 Sgr. abgetheilt Grundstück, auf welchem sich ein Stall und Remisen-Gebäude befindet, soll nebst zwei Pferden, drei Postwagen und Pferdegeschirren zum Zwecke der Auseinandersetzung im Wege der freiwilligen Subhastation im Termin **den 4. Juni 1859 Vormittags 10 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle meistbietend verkauft werden, wozu wir Kauflustige mit dem Bemerkten einladen, daß die Taxe und die Kaufbedingungen in unserer Registratur für Vormundschafts- und Nachlasssachen eingesehen werden können. Kosten, den 12. Februar 1859.

Königl. Kreisgericht. II. Abtheilung.

Freiwilliger Verkauf.

Das zum Nachlasse der Posthalter **Joseph und Dorothea**, geborene **Luchert, Nisch** gehörige, in der Stadt **Kofen** unter Nr. 73 belegene Posthalterei-Grundstück, welches im Jahre 1857 auf 9089 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. gerichtlich abgetheilt worden ist, und zu welchem ein zweistöckiges Wohnhaus von sieben Fenstern Front, Seitengebäude, Stallungen und Remisen gehören, soll zum Zwecke der Auseinandersetzung im Wege der freiwilligen Subhastation im Termin **den 3. Juni 1859 Vormittags 10 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle meistbietend verkauft werden, wozu wir Kauflustige mit dem Bemerkten einladen, daß die Taxe und die Kaufbedingungen in unserer Registratur für Vormundschafts- und Nachlasssachen eingesehen werden können. Kosten, den 12. Februar 1859.

Königliches Kreisgericht. II.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen, den 2. April 1859.
Das im Kreise **Gnesen** belegene, der Gräfin **Leocadia v. Poninska** gehörige Vorwerk **Grotkowo**, welches eine Größe von 1169 Morgen 176 Quadratruthen hat, gerichtlich abgetheilt auf 19,792 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Taxe, soll am **16. November 1859 Vormittags 11 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger Premierlieutenant **Baron v. Bruden** genannt **Fock** modo dessen Erben wird hierzu öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das Vermögen des Gutsbesitzers **Jacharias Reuter** zu **Kiaszkowo** ist durch rechtskräftig bestätigten Alford beendet. **Lobens,** den 27. April 1859.

Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das Vermögen des Gutsbesitzer **Moris Reuter** zu **Marienthal** ist durch rechtskräftig bestätigten Alford beendet. **Lobens,** den 27. April 1859.

Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Das Grundstück Schuppen- und Lauge-Strassen-Ecke Nr. 5 ist veränderungshalber aus freier Hand zu verkaufen. Näheres beim Eigenthümer.

Circa neun Morgen gutes Ackerland, zum Kartoffelbau besonders geeignet, zwischen der Breslauer Chaussee und dem Müller Goldischen Grundstücke hier gelegen, soll sofort entweder im Ganzen oder theilweise verpachtet werden. Näheres zu erfragen beim ger. Taxator **A. Ziegler, Bäckerstr. 13a.**

Germania,

Agel-Versicherungs-Gesellschaft für Feldfrüchte zu Berlin.

Obige Anstalt giebt auch in diesem Jahre Versicherungen gegen Hagelschaden bei den angemessenen billigen Prämien. Durch den aus der Generalversammlung vom 24. Februar c. hervorgegangenen Nachtrag zum Statut, sind ihr die Mittel beschafft, die Hagelschäden sofort nach erfolgter statutarischer Feststellung zu bezahlen. Sie bietet, gestützt auf ihre fünfjährige Rechnungsperiode und auf die Ansammlung ihres Reservefonds durch fortwährende Beiträge, die unbegrenztesten Garantien, wie sie selbst von keinem Aktienfonds geboten werden, insofern sie schließlich doch von dessen Höhe bedingt sind. Das reelle und humane Verfahren der Gesellschaft bei vorgekommenen Schäden hat bereits die vollkommenste Anerkennung des verehrlichen ökonomischen Publikums gefunden, so daß ich die Anstalt als Vertreter derselben, mit der größten Zuversicht zu Versicherungen hiermit empfehlen kann, zu deren Annahme ich jederzeit bereit bin. Statuten, Saattregister u. werden bei mir verabreicht. **Posen, den 4. Mai 1859.**

Isidor Cohn,

Hauptagent der „Germania.“

Berlinerstr. 11, vis-à-vis dem Königl. Polizei-Direktorio.

Unentgeltlich

und fern, unentgeltlich gegen Vergütung der Enballage bei **E. Hückstädt** in Berlin, Lindenstraße 54.

